



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

DAS RUSSISCHE FERNSEHEN MIGRATION UND MIGRANTEN IN RUSSISCHEN BLOGS

■ ANALYSE		
Das Fernsehen als Manipulationsmittel im System Putin		2
Sergey Medvedev, Berlin		
■ UMFRAGE		
Die populärsten Radio- und Fernsehsender und die populärsten Fernsehprogramme in Russland		6
Medienkonsum und Informationskultur in Russland		9
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS		
Roskomnadsor: Aufsicht oder Zensur?		13
■ ANALYSE		
Die russische Online-Debatte über die Unruhen in Birjuljowo 2013		16
Julia Glathe, Berlin		
■ UMFRAGE		
Nationalismus und Xenophobie		20
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
Russische Nationalstaatsbildung		23
Jens Siegert, Moskau		
■ CHRONIK		
9. – 23. April 2014		26

Das Fernsehen als Manipulationsmittel im System Putin

Sergey Medvedev, Berlin

Zusammenfassung

Fernsehen ist das primäre Medium in Russland, das in der russischen Bevölkerung höchstes Vertrauen genießt. Das russische Fernsehen übernimmt die Rolle einer Werbeagentur zur Regimelegitimierung, zur Propagierung von Weltanschauungen der herrschenden Elite, zur Diffamierung von Regime-Kritikern. Spätestens seit der Ukraine-Krise nimmt die Fernsehberichterstattung immer mehr Züge eines Manipulationsmittels zur Mobilisierung der Bevölkerung an.

Fernseh-Kultur in Russland

Russland ist eine fernsehende Nation. Das flächendeckende und umfangreiche Angebot an Sendern macht das Fernsehen zum beliebtesten Unterhaltungsmedium im Alltag der meisten Russen. In vielen Haushalten läuft das Gerät ununterbrochen von früh bis spät und wird erst ausgeschaltet, wenn niemand zu Hause ist. Die Zuschauer wählen die Sender nach der Qualität der Unterhaltungssendungen, nicht nach der Qualität der Berichterstattung. Fernsehen dient dennoch nicht nur zu Unterhaltung, sondern stellt auch eine primäre Informationsquelle dar. Nach Umfragen des Lewada-Instituts (siehe Grafiken auf S. 9–11) erhalten nahezu 90 % der russischen Bürger Informationen über die Situation im In- und Ausland vorwiegend aus dem Fernsehen. Diese Zahl ist seit Jahren fast unverändert geblieben, genauso wie die Präferenzen der russischen Zuschauer bei der Auswahl von Nachrichtensendungen, die durch staatliche oder staatsnahe Fernsehsender ausgestrahlt werden. Die Berichterstattung im Fernsehen in der russischen Bevölkerung gilt als verlässlich. Fast 50 % der Befragten sind überzeugt, dass die Fernsehnachrichten ein vollständiges und objektives Bild über das Weltgeschehen präsentieren. In Moskau liegt die Prozentzahl mit 65 % noch höher. Die Umfragen weisen aber auf eine paradoxe Tendenz hin: Das Vertrauen der Bürger in die Nachrichten der föderalen Sender sinkt seit 2011, obgleich der Konsum von Nachrichtensendungen unverändert hoch bleibt. Dieses Paradoxon ist auf die Gewohnheit der meisten Bürger, täglich viel Zeit vor dem Fernseher zu verbringen, sowie auf ein schwaches Angebot an alternativen Informationsquellen in den Print- und Onlinemedien zurückzuführen. Aufgrund der flächendeckenden Verbreitung und des großen Vertrauens in das Fernsehen, das oft auf Grund des ungeheuren Einflusses auf die Meinungsbildung in der Bevölkerung auch als »Zombie-Kasten« bezeichnet wird, dient es nicht nur als Sprachrohr, sondern auch als universelles Manipulationsmittel des herrschenden Regimes.

Entstehung des Mediensystems Putin

Die russische Verfassung von 1993 garantiert Presse- und Meinungsfreiheit und verbietet »Propaganda und Agitation, die zu sozialem, rassenbedingtem, nationalem oder religiösem Hass und Feindschaft anstacheln« (Artikel 29). Tatsächlich hat Russland es im Laufe des Vierteljahrhunderts seit dem Zerfall der Sowjetunion jedoch nicht geschafft, Institutionen aufzubauen, welche Medien und Journalisten vor Angriffen und Einflussnahme durch Wirtschaftseliten, Staatsbeamte oder Sicherheitsorgane schützen. Die Berichterstattung führender Fernsehsender wurde in den 1990er Jahren erheblich durch Oligarchen beeinflusst. In einer Zeit, als die Chancen für demokratische Reformen und die Entwicklung von Meinungspluralismus hoch waren, wurde das Fernsehen als Mittel für »schwarze PR« im politischen Wettbewerb und zur Verunglimpfung von politischen Rivalen missbraucht.

Nach dem Machtantritt Wladimir Putins begann die Re-Konsolidierung des Mediensystems, das eine erneute Verstaatlichung der Medien mit sich brachte. Unabhängige Fernsehsender, die angesichts hoher Einschaltquoten maßgeblich für Meinungsbildung waren, wurden als Gefahr für die mediale Absicherung des neuen Regimes eingestuft. Das Ziel der neuen Medienpolitik bestand vor allem darin, Oligarchen vom Einfluss auf die Medien fernzuhalten, die staatliche Kontrolle über die Massenmedien wiederherzustellen sowie Regimekritik zu minimieren. Durch politische Einflussnahme auf die Redaktionen sollte das Image des Staates, das während der Jelzin-Ära in den 1990er Jahren auf Grund von Missständen in Wirtschaft und Politik stark gelitten hatte, wieder aufpoliert werden.

Durch Erpressung und dubiose Finanz-Intrigen brachte Putin während seiner ersten Amtszeit (2000–2004) die zwei führenden Sender »Perwyj Kanal« (dt.: »erster Kanal«, damals ORT) und NTV sowie eine Reihe von kleineren Fernsehkanälen, Zeitungen und Radiosendern unter Kontrolle des Staates. Die ehemaligen Anteilseigner, die Oligarchen Boris Beresowskij

und Wladimir Gusinskij, wurden auf Druck des Kreml gezwungen, ihre Anteile an den Staatskonzern Gazprom-Media bzw. an kremltreue Oligarchen abzugeben und das Land zu verlassen.

Die führenden Sender in staatlicher Hand

Im Mediensystem Putin gehören führende Sender dem Staat oder kremlnahen Medienkonzernen. »WGTRK« (»Allrussische staatliche russische Fernseh- und Rundfunkgesellschaft«) ist eine der größten staatlichen Medienholdings Russlands und zu hundert Prozent in staatlichem Besitz. Der Staatskonzern besteht neben dem »zweiten Kanal« »Rossija 1«, dem Nachrichtensender »Rossija 24« sowie mehreren Sport- und Unterhaltungskanälen noch aus Dutzenden Tochtersendern in fast allen Regionen Russlands. WGTRK unterstützt traditionell die Politik des Präsidenten, wie auch die regionalen Sender die jeweiligen Gouverneure und Republikchefs unterstützen. Hohe Einschaltquoten haben vor allem die Nachrichtensendung »Westi« auf »Rossija 1« und die beliebten allsonntäglich ausgestrahlten »Westi nedeli« (»Nachrichten der Woche«), eine zweistündige Sendung, die über die wichtigsten politischen Themen »aufklärt«. Dmitrij Kiseljow, der Moderator von »Westi nedeli«, ist in den Medien für seine aggressive Rhetorik gegenüber der Opposition, der ukrainischen Regierung sowie liberalen Werten im Allgemeinen sowie als Chefpropagandist des Kreml bekannt und steht seit März 2014 auf der Sanktionsliste der Europäischen Union.

Seit Sowjetzeiten ist der »Perwyj Kanal« für einen Großteil der russischen Bevölkerung die erste und nicht selten einzige Informationsquelle und somit für den Kreml von strategischer Bedeutung. Zu den Anteilseignern des »Perwyj Kanal« gehören der Staat mit 51 %, der Oligarch Roman Abramowitsch mit 24 % und die »Nazionalnaja Media Gruppa« mit 25 %. Der letztgenannten Medienholding gehören noch zwei große föderale Sender »REN-TV« und »Pjatyj« (»Das Fünfte«) sowie der junge boulevard- und sensationslastige Sender »Lifenews«, die jeweils über große Nachrichtenredaktionen verfügen. Die »Nazionalnaja Media Gruppa« wird von einem engen Freund Putins, dem Oligarchen Jurij Kowaltschuk gesteuert. Vorsitzende des Direktorenrates des Medienunternehmens ist seit 2014 die mutmaßliche Freundin des Präsidenten, die mehrfache Olympiasiegerin Alina Kabajewa. Das Unternehmen nutzt neben seinen Anteilen vor allem das Machtinstrument Werbung. Sein Tochterunternehmen »Video International« kontrolliert den Werbungsmarkt und kann über diesen finanziellen Hebel Druck auf die Leitung von Fernsehsendern ausüben.

Der drittgrößte Fernsehsender »NTV« gehört zwar zu einem anderen Medienimperium, wird aber eben-

falls vom Staat kontrolliert. In den 1990er Jahren galt der Sender – angesichts hoher Einschaltquoten, einer kritischen Berichterstattung, u. a. zum Einsatz russischer Truppen in Tschetschenien – als meinungsbildend in Politik und Gesellschaft. Nach der Übernahme durch Gazprom im Jahr 2001 änderte sich die politische Ausrichtung der Redaktion allmählich in Richtung Regierungskonformität. Dutzende Journalisten verließen NTV aus Protest gegen Zensur und Einmischung des Staates. Zahlreiche Mitarbeiter hielten allerdings an ihren Stellen fest und passten sich den neuen Anforderungen der Informationspolitik des Kremls an.

In der heutigen Medienlandschaft Russlands gibt es nur noch drei unabhängige Fernsehsender: »RBK-TV«, »Doschd« und »Euronews«, deren Berichterstattung sich inhaltlich von dem sonstigen russischen Fernsehen unterscheidet. Der Fernsehsender »RBK-TV« des Medienunternehmens »RosBiznesKonsalting« gehört dem Oligarchen Michail Prochorow und weist Ähnlichkeiten zum amerikanischen Sender Bloomberg auf. Neben Informationen zu Wirtschaft und Börse liefert RBK professionelle Analysen zur Innen- und Außenpolitik Russlands. Der junge Kanal »Doschd« gilt als einziger dezidiert kritischer Sender in Russland, der offen die Opposition unterstützt. Trotz des Drucks von Aufsichtsbehörden und Schikanen der Präsidentschaftsadministration, die 2014 ohne Gerichtsbeschluss die Abschaltung des Senders von den meisten Satellitennetzen erzwang, setzt sich das junge Journalisten-Team weiterhin mutig mit brisanten Themen auseinander, die von Korruptionsaffären und Menschenrechtsverletzungen über Umweltprobleme bis hin zu sozialen Themen wie Rassismus und Kinderadoption reichen. Die Bedeutung der unabhängigen Fernsehkanäle für die Meinungsbildung in der russischen Gesellschaft ist jedoch eher gering, da RBK, Doschd und Euronews nur knapp 5 % der Fernsehzuschauer erreichen. An der Spitze der Einschaltquoten stehen seit mehreren Jahren unverändert: Perwyj Kanal, NTV und Rossija 1, deren Nachrichtensendungen von über 75 % der Bevölkerung regelmäßig gesehen werden.

Agenda-Setting durch die Präsidentschaftsadministration

Die Fernsehberichterstattung wird vom Kreml stets beobachtet und von der Aufsichtsbehörde »Roskomnadsor« überwacht. Der Mechanismus direkter staatlicher Einmischung in die Berichterstattung wird aber nur bei außergewöhnlich wichtigen politischen Ereignissen aktiviert. Der Grad der Wichtigkeit wird von der Präsidentschaftsadministration, bestimmt. In der Präsidentschaftsadministration sind für die strategisch wichtigen politischen Bereiche sogenannte »Kuratoren« verantwortlich, die eine Art von Parallelregierung bilden. Die Agenda

im Bereich der Massenmedien wird durch Beamte im Apparat der Präsidentialadministration bestimmt und mit Empfehlungen in Form von sogenannten »Temniki« (in etwa: »Themenpläne«, abgeleitet von »Themen der Woche«) an die Redaktionsleitungen der Fernsehsender geschickt. Die Unterlagen beinhalten Anweisungen, wie über die bevorstehenden Wochenereignisse zu berichten sei, und welches Tagesgeschehen nicht in die Nachrichten gehöre. Durch »Agenda-Cutting« werden bestimmte Ereignisse verschwiegen, insbesondere dann, wenn bereits ihre Erwähnung das Image der Macht schädigen könnte. So wurde beispielsweise das am 22. März 2015 in Sankt-Petersburg durchgeführte Forum von kremelfreundlichen Organisationen und Vertretern diverser rechtspopulistischer Parteien Europas von den föderalen und lokalen Fernsehsendern völlig ignoriert – trotz der Resonanz in den unabhängigen Medien, Blogs und sozialen Netzwerken.

Abgesehen von der Beeinflussung der Agenda durch »Temniki« unterhalten die Kuratoren aus der Präsidentialadministration auch persönliche Kontakte zu den Leitern und den Chefredakteuren der führenden Medien. In Zeiten, als Wladislaw Surkow, die graue Eminenz des Kreml, für regierungskonforme Berichterstattung zuständig war, waren die sogenannten »Freitagstreffen« üblich. Derzeit ist Surkow persönlich für die Ukraine-Politik des Kreml und Moskaus Verhältnis zu den separatistischen Volksrepubliken Donezk und Luhansk (DNR und LNR) in der Ostukraine zuständig. Die allgemeine Informationspolitik des Kremls wird von dem stellvertretenden Leiter der Präsidentialadministration Alexej Gromow sowie dem Pressensprecher des Präsidenten, Dmitrij Peskow bestimmt.

Die Staatsbeamten sind jedoch nicht im Stande, das gesamte Nachrichtenmaterial zu beaufsichtigen. In der Regel ist dies auch nicht notwendig. Selbstzensur erfüllt die erste grobe Filterfunktion. Sie ist zu einem Hauptmerkmal des russischen Journalismus geworden. Die Chefs von Perwyj Kanal, Rossija 1 und NTV haben ihre Posten seit mehr als zehn Jahren inne und dementsprechend die Transformation des Mediensystems unter Putin miterlebt. Sie wissen deshalb genau, wie über bestimmte Themen zu berichten ist. Die Redakteure, Journalisten und Korrespondenten filtern große Teile des Materials selbst und schneiden es auf das zulässige Format zu. Es gibt eine Reihe von Themen, die ohne Zustimmung aus der Präsidentialadministration unter keinerlei Umständen berührt werden dürfen. Dazu gehört vor allem das Privatleben des Präsidenten, Kritik am Inlandsgeheimdienst FSB und Korruptionsfälle, die die politische Elite betreffen. Kommentatoren und Experten werden sorgfältig ausgewählt, damit keine Imageschädigung riskiert wird. Zahlreiche Per-

sönlichkeiten werden von der Berichterstattung aufgrund ihrer kritischen Haltung ausgeschlossen. Auf der inoffiziellen »schwarzen Liste« stehen Oppositionelle und Putin-Kritiker, die eher selten und wenn, dann in Form von diffamierenden Reportagen Erwähnung finden. Wladimir Posner, eine Koryphäe des russischen Fernsehjournalismus berichtet, dass seine Versuche, den Oppositionellen Alexej Nawalnyj für ein Interview in seine Sendung im Perwyj Kanal einzuladen, immer wieder wegen seinen regimiekritischen Äußerungen abgelehnt wurden.

Eine zusätzliche Zensurmöglichkeit des Fernsehens ist den geografischen Besonderheiten Russlands geschuldet. Zwischen Kaliningrad und dem Fernen Osten liegen elf Zeitzonen. Um unerwünschte Kommentare und Kritik bei den Live-Übertragungen zu vermeiden, werden die meisten Sendungen als Aufzeichnungen ausgestrahlt, zunächst auf Kamtschatka und in Wladiwostok. Angesichts der geringen Einwohnerzahl spielt der Ferne Osten für die Politik in Moskau keine wichtige Rolle. Absolute Priorität für den Kreml hat die Moskauer Zeitzone, in der rund 75 % der Haushalte liegen. Nicht selten unterscheiden sich die ursprünglich in den östlichen Regionen ausgestrahlten Sendungen von dem, was die Zuschauer später im europäischen Teil Russlands zu sehen bekommen. Nach der Erstausstrahlung werden Reportagen häufig noch einmal intensiv überarbeitet, um dem europäischen Teil Russlands ein perfektes Bild zu präsentieren. Auf diese Weise wurde beispielsweise eine Reportage über Folter und Entführungen in Tschetschenien in der Talkshow »Zentrales Fernsehen« auf »NTV« im Oktober 2011 für die Zuschauer westlich des Ural herausgeschnitten, obwohl das ganze Sibirien diese wenige Stunden vorher gesehen hatten.

Zunahme der Medienpropaganda infolge von Massenprotesten und außenpolitischen Krisen

Die Tendenz der Fernsehberichterstattung hin zu vermehrt propagandistischen Formaten ist vor allem durch innen- und außenpolitischen Ereignissen der letzten Jahre zu erklären. Die Protestbewegung gegen Wahlfälschungen 2011/2012 sorgte für harte Gegenreaktionen des Kremls in Form von Einschränkungen der Versammlungs- und Meinungsfreiheit, zunehmender Repressionen der Zivilgesellschaft und Verfolgung von politischen Aktivisten. Das Fernsehen reagierte auf Vorwürfe aus Internet-Medien und Blogs mit der Rechtfertigung des politischen Kurses des Kreml und einer Marginalisierung der Oppositionsbewegung. Seitdem werden Vertreter der Zivilgesellschaft und Regime-Kritiker in tendenziösen Reportagen und speziellen Dokumentarfilmen, wie etwa in der »Anatomie des Protests« 2012

und »Biochemie des Verrats« 2014, regelmäßig als Feinde Russlands und ausländische Agenten verunglimpft.

Die Ukraine-Krise und die einhergehende Konfrontation Russlands mit dem Westen führte zu einer Radikalisierung der Berichterstattung und flankierendem Informationskrieg im russischen Fernsehen. Jede Nachrichtensendung reserviert eine bestimmte Sendezeit für Berichte über den Krieg in der Ostukraine, die Lage auf der Krim und die Politik der neuen Kiewer Regierung. Die Rhetorik der Moderatoren ist durch ein Freund-Feind-Schema geprägt, in dem die Befürworter der Politik Putins, unabhängig von ihren politischen Anschauungen, als Freunde dargestellt, während Gegner als »National-Verräter« und »Fünfte Kolonne« bezeichnet und ausländische Kremlkritiker für russophob erklärt werden. Für die Vorbereitung der Proteste auf dem Majdan und die »russlandfeindliche Politik« der neuen ukrainischen Regierung werden neben den westukrainischen Nationalisten Washington und Brüssel verantwortlich gemacht. Der Durchschnittszuschauer kann sich dem Informationsstrom über »Genozide« an der russischsprachigen Bevölkerung im Donbass durch die »faschistische Junta« in Kiew sowie über Verschwörungstheorien zu Aktivitäten des Westens gegen Russland kaum entziehen.

Angesichts der Sanktionen und der empfundenen Bedrohung durch die NATO hat der Grad des Antiamerikanismus, welcher seit den Zeiten des Kalten Krieges unter der Bevölkerung Russlands tief verwurzelt ist, ein neues Rekordhoch erreicht. Den Lewada-Umfragen

aus dem Jahr 2014 zufolge äußern sich 80 % der Befragten negativ gegenüber den USA, vor der Ukraine-Krise waren es noch ca. 40 % gewesen. Als negativ empfanden zwei Drittel der Russen auch die Europäische Union (2013: 25 %). Der durch das russische Fernsehen verbreitete Hass gegenüber inneren und äußeren Feinden ist inzwischen zu einem wichtigen Element der Mobilisierung der russischen Bevölkerung geworden, das auch der Aufrechterhaltung des Putinschen Regimes dient. Trotz der Verschlechterung der Wirtschaftslage und der seit 2000 erstmaligen Senkung des Einkommens der Bürger bleibt die Unterstützung Wladimir Putins seit der Krim-Annexion auf einem Rekordhoch. Über 80 % der Wähler würden laut Lewada-Zentrum ihre Stimmen für Putin abgeben, was der Mitgliederzahl der »Partei der Fernsehzuschauer« nahe kommt.

Aktuelles Anliegen der Präsidentialadministration ist die weitere Ausdehnung der Fernsehpropaganda auf das Internet, das mittlerweile von rund 60 % der Russen benutzt wird. Trotz verschärfter Gesetzgebung und Einführung eines außergerichtlichen Verfahrens zur Blockierung missliebiger Seiten durch Roskomnadsor im Februar 2014 bleibt das Internet bislang aber weitgehend frei. Wirksame Instrumente der Online-Manipulation und der Beeinflussung des Agenda-Settings im Internet werden weiterhin in einer Kombination aus professioneller Berichterstattung in kremlnahen Internet-Medien sowie dem verstärkten Einsatz von bezahlten kremltreuen Bloggern und Internet-Trolls bestehen.

Über den Autor

Sergey Medvedev ist Autor der Kolumne »Aus russischen Blogs« bei den Russland-Analysen. Er absolvierte von 2010 bis 2014 ein Masterstudium der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

Lesetipps

- Cottiero, Christina, K. Kucharski, R.W. Orttung, E. Olimpiewa: War of words: the impact of Russian state television on the Russian Internet, in: Nationalities Papers: The Journal of Nationalism and Ethnicity 43/2015.
- Reporter ohne Grenzen: Der Kreml auf allen Kanälen. Wie der russische Staat das Fernsehen lenkt, 7. Oktober 2013; (<https://www.reporter-ohne-grenzen.de/uploads/tx_lfnews/media/ROG-Russland-Bericht-2013_web.pdf>)

UMFRAGE

Die populärsten Radio- und Fernsehsender und die populärsten Fernsehprogramme in Russland

Tabelle 1: Radio: Ranking der Radiosender nach Hörerzahlen
(Russland, Zeitraum: Juli–Dezember 2014)

Radiosender	Kumulierte Anzahl der Hörer am Tag (in Prozent)	Kumulierte Anzahl der Hörer am Tag (in 1.000)
<i>Alle Programme</i>	<i>64,0 %</i>	<i>40.209,5</i>
Europa Plus	16,3 %	10.271,2
Verkehrsfunk	15,9 %	9.984,3
Autoradio	15,6 %	9.788,9
Russisches Radio	14,4 %	9.082,6
Retro FM	13,0 %	8.155,8
Radio Chanson	11,1 %	6.989,9
Radio Datscha	8,3 %	5.214,2
Humor FM	8,2 %	5.176,1
Radio Rossii	6,6 %	4.180,3
Majak	6,6 %	4.179,3
Radio Energy	5,7 %	3.608,6
Vesti FM	5,5 %	3.458,9
DFM	5,2 %	3.280,6
Love Radio	4,9 %	3.109,0
Radio Rekord	4,6 %	2.905,3
Echo Moskwy	4,6 %	2.904,4
Hit FM	4,3 %	2.687,3
Milizwelle	4,0 %	2.488,7
Unser Radio	3,9 %	2.457,4
Radio 7 mal 7 Hügel	3,8 %	2.400,5
Business FM	2,5 %	1.602,3
Maximum	2,3 %	1.422,6
Sport FM	1,9 %	1.168,0
Kinder-Radio	1,4 %	904,2
Radio Romantika	1,4 %	876,8
Komsomolskaja Prawda	1,0 %	643,1
Radiowelt	0,5 %	326,0
Sonstige Radioprogramme	17,6 %	11.083,3

Die Daten stammen aus dem Forschungsprojekt »Radio Index« (TNS Russland). Befragt wurden Personen im Alter von 12–100.

Quelle: <[http://www.tns-global.ru/services/media/media-audience/radio/radio-index/information/?arrFilter_pf\[CITY\]=5096&arrFilter_pf\[DATE\]=%D0%98%D1%8E%D0%BB%D1%8C+-%D0%94%D0%B5%D0%BA%D0%B0%D0%B1%D1%80%D1%8C+2014&set_filter=%D0%A1%D1%84%D0%BE%D1%80%D0%BC%D0%B8%D1%80%D0%BE%D0%B2%D0%B0%D1%82%D1%8C&set_filter=Y](http://www.tns-global.ru/services/media/media-audience/radio/radio-index/information/?arrFilter_pf[CITY]=5096&arrFilter_pf[DATE]=%D0%98%D1%8E%D0%BB%D1%8C+-%D0%94%D0%B5%D0%BA%D0%B0%D0%B1%D1%80%D1%8C+2014&set_filter=%D0%A1%D1%84%D0%BE%D1%80%D0%BC%D0%B8%D1%80%D0%BE%D0%B2%D0%B0%D1%82%D1%8C&set_filter=Y)>

**Tabelle 2: Fernsehsender: Art der Umfrage: Ranking der Fernsehsender nach Einschaltquoten
Russland, Woche von 06.04.–12.04.2015**

Nr.	Sender	Anteil
1	Erster Kanal	14,0 %
2	Rossija 1	12,2 %
3	NTW	10,2 %
4	TNT	6,9 %
5	Fünfter Kanal	5,8 %
6	STS	4,1 %
7	REN TW	3,5 %
8	TW-3	3,5 %
9	TW Zentr	3,4 %
10	Swesda	2,8 %
11	Rossija 2	2,7 %
12	Rossija 24	2,4 %
13	Domaschnij	2,3 %
14	Disney Kanal	1,9 %
15	Perez	1,6 %
16	Karusel	1,6 %
17	Pjatniza	1,5 %
18	Rossija K	1,3 %
19	Ju	1,0 %
20	2X2	0,7 %
21	STS Love	0,6 %
22	Mus TV	0,4 %
23	MIR	0,4 %
24	RU.TV	0,3 %
25	Euronews	0,2 %

Einschaltquote des Senders im Tagesdurchschnitt: Durchschnittliche Zahl von Zuschauern, die den Sender innerhalb eines Tages gesehen hat, ausgedrückt in Prozent der Gesamtheit aller Fernsehzuschauer an diesem Tag (die einen beliebigen Fernsehsender an diesem Tag eingeschaltet hat).

Die Daten stammen aus dem Forschungsprojekt »TV Index« (TNS Russland). Befragt wurden Personen im Alter von 12–100.

Quelle: <[http://www.tns-global.ru/services/media/media-audience/tv/national-and-regional/audience/?arrFilter_pf\[CITY\]=5096&arrFilter_pf\[PERIOD\]=06%2F04%2F2015+-+12%2F04%2F2015&arrFilter_pf\[TYPE\]=45&set_filter=%D0%A1%D1%84%D0%BE%D1%80%D0%BC%D0%B8%D1%80%D0%BE%D0%B2%D0%B0%D1%82%D1%8C&set_filter=Y](http://www.tns-global.ru/services/media/media-audience/tv/national-and-regional/audience/?arrFilter_pf[CITY]=5096&arrFilter_pf[PERIOD]=06%2F04%2F2015+-+12%2F04%2F2015&arrFilter_pf[TYPE]=45&set_filter=%D0%A1%D1%84%D0%BE%D1%80%D0%BC%D0%B8%D1%80%D0%BE%D0%B2%D0%B0%D1%82%D1%8C&set_filter=Y)>

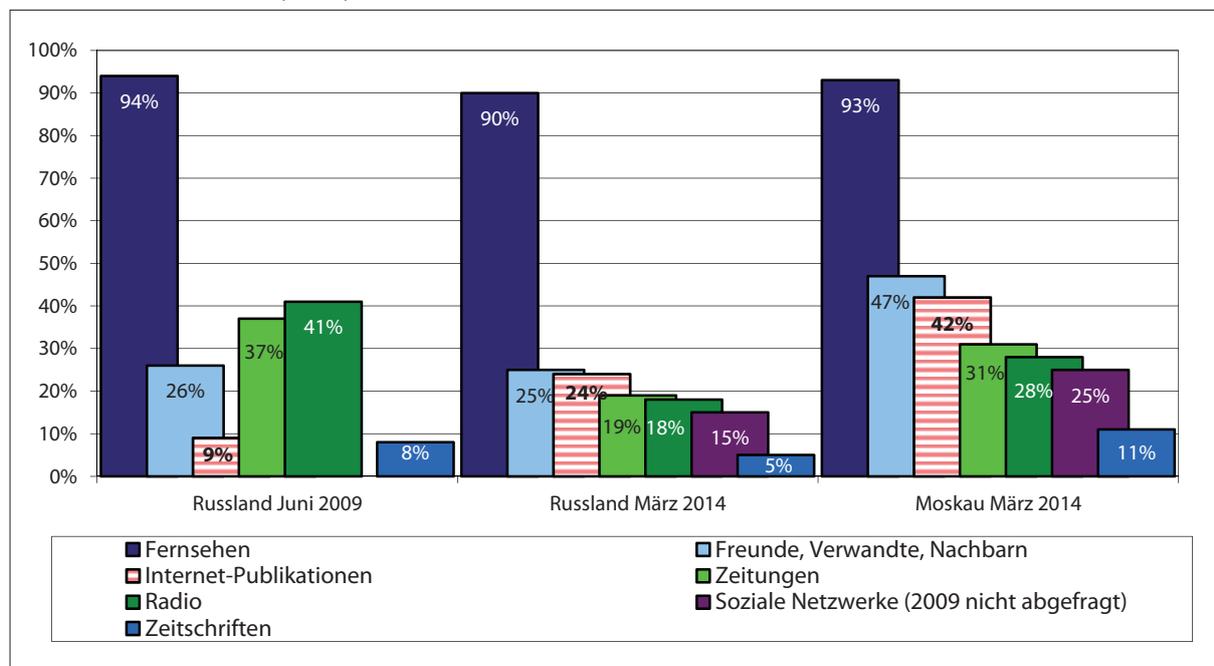
Tabelle 3: Fernsehprogramme: Die 100 populärsten Programme in Russland bei Menschen von 4–100 Russland, Woche von 06.04.–12.04.2015

Nr.	Datum	Titel der Sendung (russisch/deutsch)	Bezeichnung	Wochentag	Beginn	Ende	Sender	Rating (%)	Einschaltquote (%)
1	07.04.2015	Pust gorotjat	Lasst sie sprechen	Dienstag	19:53:12	21:00:06	Perwyj Kanal	7,6%	21,4%
2	07.04.2015	Wremja	Zeit	Dienstag	21:00:12	21:46:00	Perwyj Kanal	7,2%	20,0%
3	06.04.2015	Odnashdy w Rostowe	Einst in Rostow	Montag	21:34:59	23:16:48	Perwyj Kanal	6,8%	21,9%
4	10.04.2015	Golos. Deti	Voice Kids	Freitag	21:30:19	23:35:23	Perwyj Kanal	6,0%	18,8%
5	09.04.2015	Leningrad 46	Leningrad 46	Donnerstag	20:39:32	21:39:28	NTW	5,9%	16,6%
6	12.04.2015	Woskresnoje »Wremja«. Informazionno-analitscheskaja programma	Nachrichten am Sonntag (Informationssendung)	Sonntag	21:00:13	22:29:36	Perwyj Kanal	5,8%	17,6%
7	10.04.2015	Polje Tschudes	Feld der Wunder	Freitag	19:52:09	20:58:51	Perwyj Kanal	5,1%	15,7%
8	06.04.2015	Westi. (20:00)	Zeit (20.00 Uhr)	Montag	20:00:08	21:11:22	Rossija 1	5,0%	13,8%
9	09.04.2015	Sklifosowskij 4	Sklifosowskij 4 (Fernsehserie)	Donnerstag	21:12:43	23:06:47	Rossija 1	4,9%	15,0%
10	11.04.2015	Zentralnoje telewidenie	Zentrales Fernsehen	Samstag	19:00:05	20:01:48	NTV	4,7%	15,5%
11	12.04.2015	Westi nedeli	Nachrichten der Woche	Sonntag	20:00:10	22:15:52	Rossija 1	4,7%	13,8%
12	10.04.2015	Tscheloweck i sakon	Mensch und Gesetz	Freitag	18:47:05	19:51:50	Perwyj Kanal	4,6%	16,5%
13	11.04.2015	Skaski matschechi	Märchen der Stiefmutter	Samstag	20:24:54	23:30:06	Rossija 1	4,4%	13,7%
14	08.04.2015	Dawai poshenimsja!	Komm, lass uns heiraten!	Mittwoch	18:49:40	19:54:11	Perwyj Kanal	4,4%	14,7%
15	06.04.2015	Segodnja wetscherom. (19:00)	Heute Abend (19:00 Uhr)	Montag	19:00:06	19:43:39	NTV	4,1%	13,3%
16	12.04.2015	Woskresnij wetscher s Wladimirom Solowjowym	Sonntagabend mit Wladimir Solowjow	Sonntag	22:15:52	01:31:23	Rossija 1	4,0%	20,7%
17	12.04.2015	Totsch-w-totsch	Haargenau	Sonntag	18:00:54	20:59:37	Perwyj Kanal	4,0%	13,0%
18	11.04.2015	Westi w subbotu (20:00)	Nachrichten am Samstag (20:00 Uhr)	Samstag	20:00:08	20:24:54	Rossija 1	4,0%	12,2%
19	11.04.2015	Segodnja wetscherom	Heute Abend	Samstag	21:30:21	23:30:12	Perwyj Kanal	3,9%	12,8%
20	06.04.2015	Goworim i pokasywajem	Sprechen und zeigen wir (Talk-Show)	Montag	17:58:42	18:59:52	NTW	3,9%	15,40%

Rating des Fernsehprogramms: Durchschnittliche Zahl von Zuschauern, die die Fernsehsendung während der Sendezeit sieht, ausgedrückt in Prozent der Gesamtheit aller Fernsehschauer zu dieser Zeit. Einschaltquote des Fernsehprogramms: Durchschnittliche Zahl von Zuschauern, die die Fernsehsendung (den Fernsehsender) einschaltet, ausgedrückt in Prozent der Gesamtheit aller Fernsehschauer am diesem Tag (die einen beliebigen Fernsehsender eingeschaltet hat). Die Daten stammen aus dem Forschungsprojekt »TV Index« (TNS Russland). Befragt wurden Personen im Alter von 12–100. Quelle: <[http://www.tns-global.ru/services/media/audience/tv/national-and-regional/audience/?arrFilter_pf\[CITY\]=5096&arrFilter_pf\[PE-RIOD\]=06%2F04%2F2015+12%2F04%2F2015&arrFilter_pf\[TYPE\]=66&set_filter=%D0%A1%D1%84%D0%BE%D1%80%D0%BC%D0%B8%D1%80%D0%BE%D0%B0%D1%82%D1%8C&set_filter=Y-2%D0%B0%D1%82%D1%8C&set_filter=Y-2](http://www.tns-global.ru/services/media/audience/tv/national-and-regional/audience/?arrFilter_pf[CITY]=5096&arrFilter_pf[PE-RIOD]=06%2F04%2F2015+12%2F04%2F2015&arrFilter_pf[TYPE]=66&set_filter=%D0%A1%D1%84%D0%BE%D1%80%D0%BC%D0%B8%D1%80%D0%BE%D0%B0%D1%82%D1%8C&set_filter=Y-2%D0%B0%D1%82%D1%8C&set_filter=Y-2)>

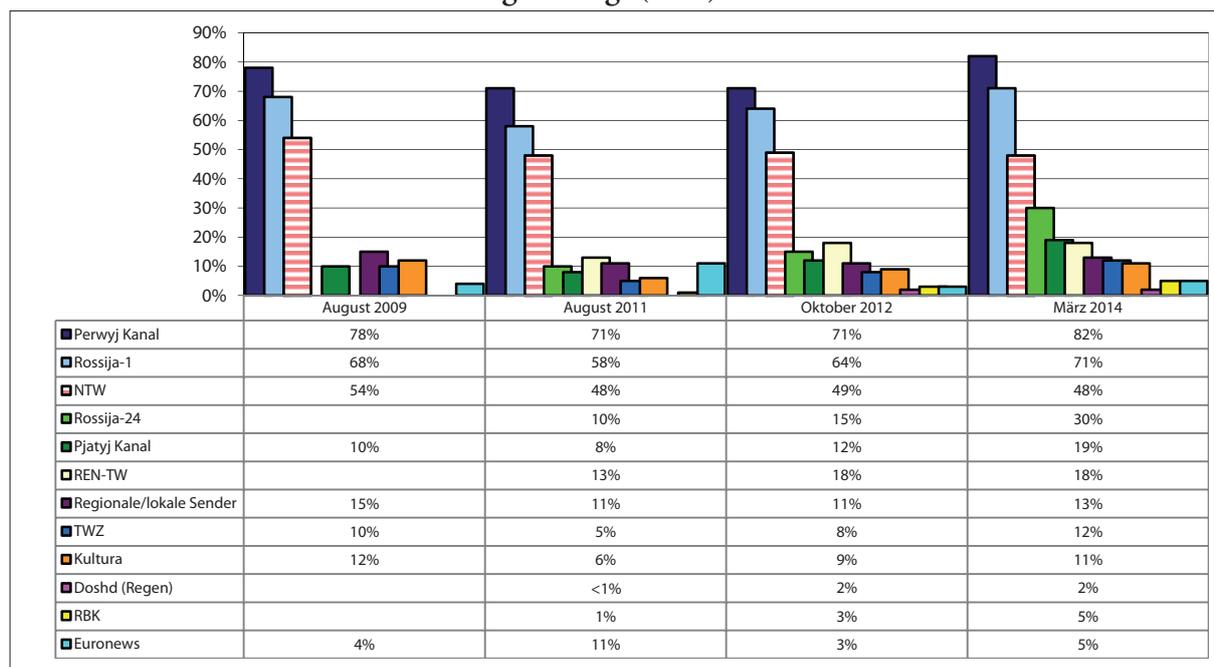
Medienkonsum und Informationskultur in Russland

Grafik 1: Aus welchen Quellen erfahren Sie am ehesten von aktuellen Ereignissen im In- und Ausland? (in %)



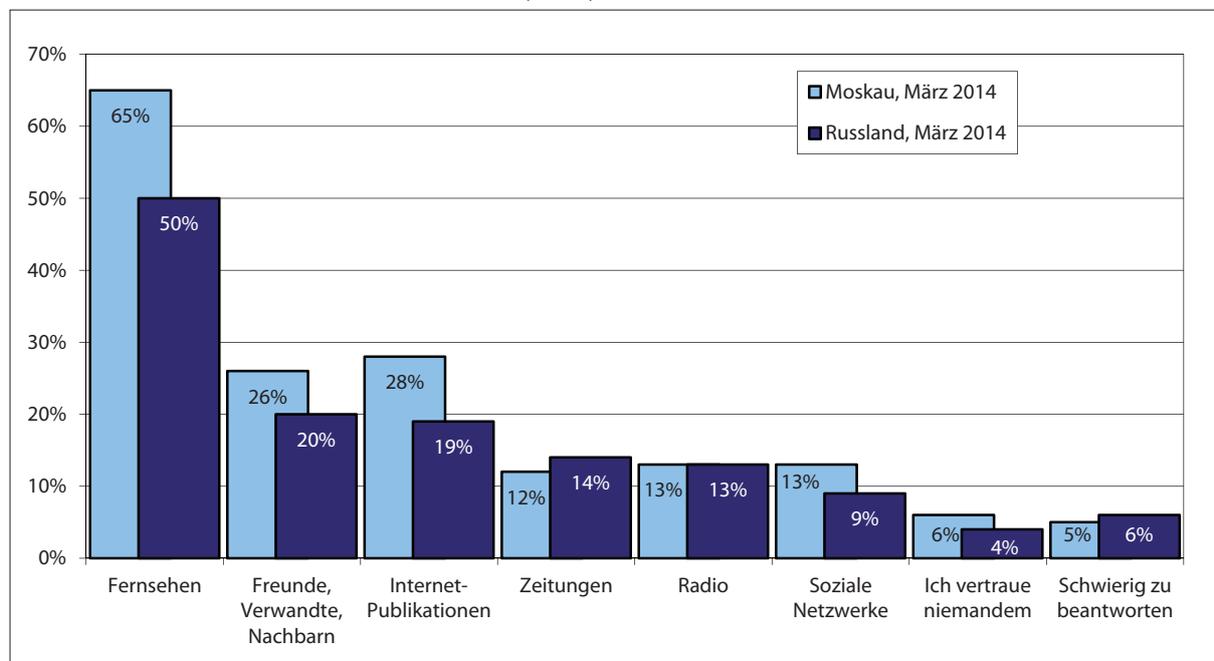
Quelle: Lewada-Bericht, Juni 2014, <<http://www.levada.ru/books/stal-dostupen-otchet-rossiiskii-landshaft-televidenie-prensa-internet>>

Grafik 2: Schauen Sie Nachrichten im Fernsehen, und wenn ja, welche Nachrichten auf welchem Sender schauen Sie regelmäßig? (in %)



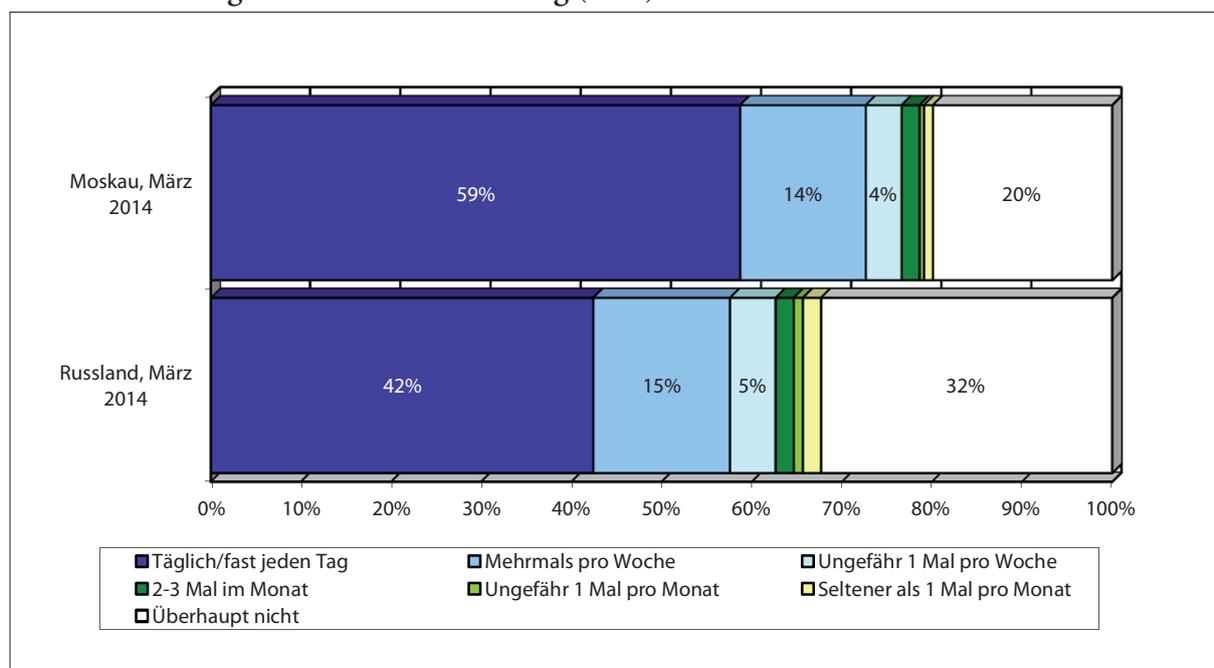
Quelle: Lewada-Bericht, Juni 2014, <<http://www.levada.ru/books/stal-dostupen-otchet-rossiiskii-landshaft-televidenie-prensa-internet>>

Grafik 3: Welchen Informationsquellen vertrauen Sie besonders in der Vermittlung von Nachrichten im In- und Ausland? (in %)



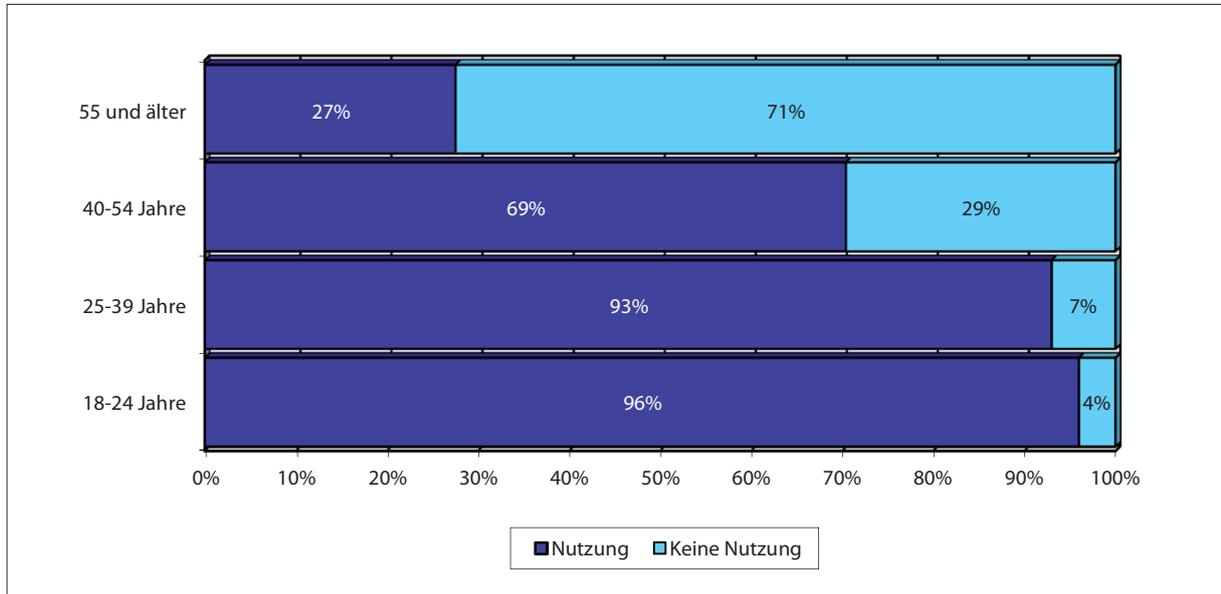
Quelle: Lewada-Bericht, Juni 2014, <<http://www.levada.ru/books/stal-dostupen-otchet-rossiiskii-landshaft-televidenie-prensa-internet>>

Grafik 4: Häufigkeit der Internetnutzung (in %)



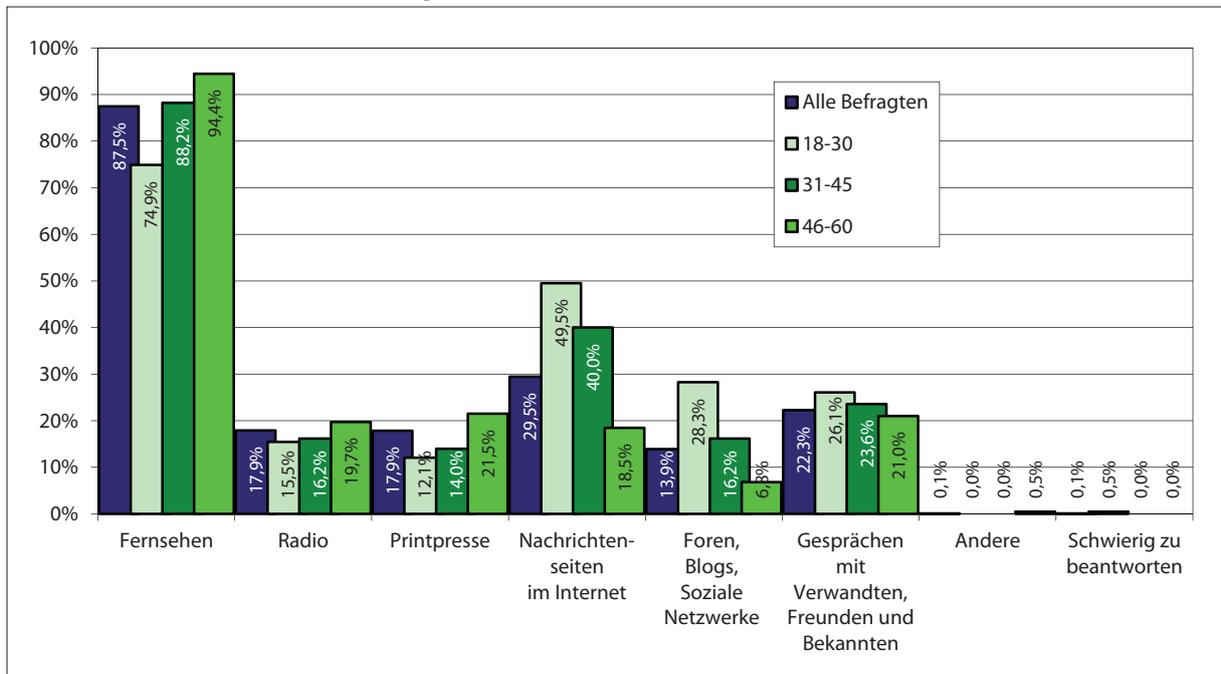
Quelle: Lewada-Bericht, Juni 2014, <<http://www.levada.ru/books/stal-dostupen-otchet-rossiiskii-landshaft-televidenie-prensa-internet>>

Grafik 5: Internetnutzung nach Altersgruppen (in %, März 2014)



Quelle: Lewada-Bericht, Juni 2014, <<http://www.levada.ru/books/stal-dostupen-otchet-rossiiskii-landshaft-televidenie-pressa-internet>>

Grafik 6: Aus welchen Quellen beziehen Sie ihre Nachrichten und Informationen? (mehrere Antwortmöglichkeiten)



Quelle: Umfrage der Stiftung Öffentliche Meinung vom 24.–25. Mai 2014 in 43 Regionen der Russischen Föderation, 100 Orten, N=1500, Veröffentlicht am 25. Juni 2014 unter <<http://fom.ru/posts/download/11536>>

Tabelle 4: Welche Fernsehsender gefallen Ihnen am besten? (Die Frage wurde nur denen gestellt, die bereits angaben, dass sie fernsehen – ca. 94 % der Befragten; mehrere Antwortmöglichkeiten)

	Alle Befragten	18–30	31–45	46–60
Erster Kanal	62,7 %	45,4 %	61,6 %	71,1 %
Rossija 1	57,3 %	38,6 %	52,1 %	67,6 %
NTV	38,5 %	28,7 %	35,3 %	47,6 %
TNT	23,2 %	43,5 %	26,0 %	12,4 %
STS	22,3 %	37,4 %	24,4 %	15,9 %
Rossija 24	19,9 %	17,6 %	22,7 %	20,5 %
REN TV	15,9 %	12,1 %	17,0 %	20,5 %
Fünfter Kanal	14,3 %	9,9 %	15,9 %	17,5 %
Rossija 2 (Sport)	12,7 %	11,8 %	12,3 %	16,5 %
Zvezda	9,3 %	4,6 %	9,9 %	12,7 %
Rossija K (Kul'tura)	8,8 %	4,8 %	7,4 %	9,6 %
Domačnij	8,8 %	4,6 %	7,7 %	11,4 %
TV Tsentr	8,7 %	5,6 %	6,6 %	12,9 %
Perec	6,7 %	10,1 %	7,9 %	5,3 %
TV 3	4,6 %	4,6 %	5,8 %	4,3 %
Karusel'	3,5 %	6,3 %	4,9 %	2,0 %
Pjatinica	3,2 %	6,0 %	2,2 %	2,8 %
Ju	1,8 %	3,9 %	2,2 %	0,8 %
Euronews	1,7 %	3,1 %	1,6 %	1,3 %
RBK-TV	1,5 %	1,2 %	2,2 %	1,5 %
Eurosport	1,4 %	2,7 %	1,4 %	0,5 %
2x2	1,1 %	3,1 %	0,5 %	0,3 %
Dožd' (Regen)	0,6 %	0,7 %	0,5 %	0,8 %
Lokalsender	7,2 %	3,6 %	6,8 %	9,1 %
Satellitensender	2,2 %	3,6 %	1,9 %	1,8 %
Kabelsender	2,5 %	3,4 %	3,8 %	0,8 %
Andere	3,1 %	3,1 %	3,0 %	2,5 %
Schwierig zu beantworten	1,1 %	0,5 %	1,4 %	1,8 %

Quelle: Umfrage der Stiftung Öffentliche Meinung vom 24.–25. Mai 2014 in 43 Regionen der Russischen Föderation, 100 Orten, N=1500, Veröffentlicht am 25. Juni 2014 unter <<http://fom.ru/posts/download/11536>>

Roskomnadsor: Aufsicht oder Zensur?

Seit einem Jahr häufen sich die Meldungen über Zensur im Internet durch »Roskomnadsor«. Die 2008 gegründete Behörde ist für die Aufsicht der Medien, Datenschutz, Lizenzierung sowie die Überwachung des Internets hinsichtlich der Verbreitung illegaler Filme, Musik und gefährdender Informationen zuständig. Nach einer Reihe von Gesetzesänderungen wurde »Roskomnadsor« auch die Funktion übertragen, Medien auf extremistische Inhalte zu prüfen. Der Begriff »Extremismus« wird in Russland allerdings oft sehr frei interpretiert, so dass nicht nur terroristische und rechtsextreme Organisationen, sondern auch einfache Nutzer in sozialen Netzwerken, beispielsweise nach einem Beitrag über unangemeldete Kundgebungen, mit einer Abmahnung bis hin zu einer Vorladung vor Gericht rechnen müssen. Im Kontext der Massenproteste auf dem Maidan wurden die Befugnisse der Aufsichtsbehörde noch erweitert, so dass Internetseiten gemäß einer Verordnung von Roskomnadsor auch ohne Gerichtsbeschluss gesperrt werden können. Am 1. Februar 2014, als die Gesetzesänderung in Kraft trat, wurden vier kritische Blogs gesperrt, darunter die Seite von »Memorial« über Menschenrechtsverletzungen, »grani.ru« und die Blogs der Oppositionspolitiker Garri Kasparow und Alexej Nawalnyj. Seitdem wurden viele, auch staatliche Medien mit Mahnungen und unerwarteten Blockierungen durch Roskomnadsor konfrontiert. Blogger berichten über den Alltag und eklatante Fälle von Zensur im Internet, unter anderem Alexej Nawalnyj über flächendeckende Sperrungen im Zusammenhang mit der Kundgebung für Föderalisierung in Nowosibirsk; das Portal »Prawoslawije i Mir« (Orthodoxie und Welt) berichtet über das Verbot einer Veröffentlichung von Informationen zum Selbstmord von Krebskranken; der Journalist Wasilij Romanow schreibt zum Verbot der Publikation der Karikaturen von Charlie Hebdo; die Journalistin Elena Michailowina berichtet über die Tätigkeit von Roskomnadsor im Jahr 2014 und Viktor Mutschnik, der Chefredakteur des regionalen Fernsehsenders TV-2 über die Schließung des Tomsker Senders.

Alexej Nawalnyj: Roskomnadsor blockiert jegliche Erwähnung der Kundgebung in Nowosibirsk zur Föderalisierung Russlands

»Die Geschichte mit diesem »Marsch für die Föderalisierung Sibiriens«, der da in Nowosibirsk stattfindet, ist einfach umwerfend.

Es ist sogar unklar, worauf man verweisen soll, um jenen, die nicht im Bilde sind (und das sind fast alle) zu erklären, was dieser Marsch ist. Aufgrund einer lokalen Veranstaltung lokaler Aktivisten hat Roskomnadsor eine ausgewachsene Hysterie veranstaltet und 14 (!!!) Verwarnungen an Medien ausgesprochen, dass das Einstellen von Informationen über den Marsch unzulässig sei. [...]

Ein Interview mit Artjom Loskutow, dem Organisator des Marsches, ist auf Betreiben der Generalstaatsanwaltschaft von dem Internetportal »Slon« entfernt worden. Das Interview war absolut normal, vielen Sachen muss man einfach zustimmen. [...]

Wenn man sich diesen Irrsinn anschaut, könnte man denken, dass in Sibirien geradezu ein Marsch für eine Loslösung [von Russland] stattfindet. Aber nichts dergleichen: Im Land mit dem Namen »Russische Föderation« veranstalten einige Gestalten einen Marsch für Föderalisierung. Dafür, dass mehr Geld und Zuständigkeiten in der Region verbleiben [...]

Alexej Nawalnyj auf <navalny.com>, 02.08.2014 <<https://navalny.com/p/3709/>>

Romanow: »Roskomnadsor betreibt nicht einfach nur Zensur, es betreibt Schwachsinn«

»Es ist an der Zeit, sich zu dem Titelblatt von Charlie Hebdo zu erklären.

Zunächst die offizielle Position der Redaktion [abnews.ru].

1. Roskomnadsor hat von uns verlangt, das Foto des Titelblatts der letzten Nummer der Zeitschrift zu entfernen. Es verlangte das in mündlicher Form, mit dem Hinweis, dass wir andernfalls eine Verwarnung oder eine Vorladung vor Gericht erhalten würden. Die Behörde, so scheint es, bewertet die »Karikaturen zum Propheten Mohammed und zu Jesus Christus« sowie Verweise auf solche Karikaturen als Verletzung des Extremismus-Gesetzes. Darüber hinaus sei es verboten, »Materialien von Autoren zu veröffentlichen, die satirische Arbeit rechtfertigen«, sowie »positive Bewertungen dieser Materialien« abzugeben.
2. Die Redaktion erkennt in diesem Bild nichts Gesetzeswidriges.
3. Auf dem Titelblatt von Charlie Hebdo steht nirgends geschrieben, dass der Prophet dargestellt wird. Wie kann man verstehen, dass gerade er gemeint ist? Darauf wusste unser Gesprächspartner keine Antwort.
4. Wir haben beschlossen, der Forderung von Roskomnadsor formal nachzukommen (schließlich sind wir gesetzestreu Bürger) und das Bild durch ein anderes auszutauschen, auf dem geschrieben steht: »Wir können diese Illus-

tration aufgrund der dringlichen Bitte von Roskomnadsor nicht zeigen«. Ich bin der Ansicht, dass wir zum einen den ›Streisand-Effekt‹ nutzen und zum zweiten schützen wir unsere Internetseite vor einer Sperrung und lassen somit die Leserschaft nicht uninformiert.

Nun informell.

Roskomnadsor betreibt nicht einfach nur Zensur, es betreibt Schwachsinn. Wie kann ›Satirearbeit gerechtfertigt werden? ›Malt mehr Bilder vom Propheten‹, das kann ich noch verstehen, das ist eine Rechtfertigung. Aber die Veröffentlichung eines Titelblattes? Unsinn.

Und überhaupt ist es mehr als kränkend, wenn selbst dann, wenn die gesamte Welt kondoliert, wenn dabei die Oberhäupter von Palästina und Israel gemeinsam schreiten (und übrigens auch Lawrow da irgendwo ging), Roskomnadsor da etwas verbietet. Herzlich willkommen in der Dritten Welt.«

Wasilij Romanow auf Echo Moskwy, 15.01.2015 <<http://echo.msk.ru/blog/romanoff1987/1474444-echo/>>

Prawoslawije i Mir¹: Zum Verbot der Publikationen über den Selbstmord von Krebskranken

»Das Internetportal ›Prawoslawije i Mir‹ hat im Zusammenhang mit der Nachricht über den Selbstmord von Krebskranken die zweite Verwarnung von Roskomnadsor erhalten.

[Zitat aus der E-Mail von Roskomnadsor:] ›[...] Wir weisen Sie darauf hin, dass die Informationen, die durch die Entscheidung von Roskomnadsor vom 25.02.2015 als verboten eingestuft wurden, nur zum Teil vom Seitenverzeichnis der Internetseite [...] entfernt worden sind. Als verboten eingestuft wurden die Beschreibung von Selbstmordmethoden (Sprung aus der Höhe und Erhängen) sowie des Grundes für den Selbstmord, unter anderem: ‚Die Frau des Verstorbenen erklärte, dass ihr Mann wegen der Krebserkrankung unter ständigen Schmerzen litt und oft davon sprach, dass er von der Krankheit müde sei‘[...]. ›Die erste Verwarnung haben wir am 27. Februar dieses Jahres erhalten, worauf wir umgehend die Informationen darüber entfernt haben, auf welche Weise Selbstmord verübt wird. Zuvor hatte unser Projekt ‚Gegen Suizid!‘ ebenfalls Verwarnungen erhalten, obwohl alle Materialien der Internetseite auf den Kampf gegen Selbstmord ausgerichtet und von Krisenpsychologen geprüft waren‹, kommentierte Anna Danilowa, die Chefredakteurin des Internetportals ›Prawoslawije i Mir‹ die Situation.

Die Verwarnung durch ›Rospotrebnadsor‹ [Föderaler Aufsichtsdienst für den Schutz der Verbraucherrechte und das Wohl des Menschen; d. Red.] betrifft die Nachricht vom 20.02.2015: ›In Moskau haben sich zwei Krebskranke umgebracht.

Die Arbeit von Rospotrebnadsor zur Selbstmordverhütung erfolgt im Rahmen der Umsetzung der Regierungsverordnung Nr. 1101 der Russischen Föderation vom 26.10.2012 ›Über das [...] Einheitsregister für Domänen und Seitenverzeichnisse im Internet und für Websites im Internet, [...] die Informationen enthalten, deren Verbreitung in der Russischen Föderation verboten ist.‹

Aufgrund von Hinweisschreiben an Rospotrebnadsor über die Einstellung ins Internet von Materialien, die verschiedene Selbstmordmethoden beschreiben, werden Beschlüsse über eine Sperrung der betreffenden Internetseiten getroffen, die Informationen über Selbstmordmethoden und / oder Aufrufe zum Selbstmord enthalten [...].

Wir erinnern daran, dass es seit Anfang Februar 11 Selbstmorde von Krebskranken gegeben hat.

Das Gesundheitsamt der Hauptstadt hat nach der Selbstmordserie die Versorgung von Krebskranken mit Palliativmitteln geprüft.

Der stellvertretende Bürgermeister hat erklärt, dass Krebskranke nicht wegen der Schmerzen Selbstmord begingen.«
Prawoslawije i Mir, 19.03.2015; <<http://www.pravmir.ru/portal-pravoslavie-i-mir-poluchil-vtoroe-preduprezhdenie-roskomnadzora/>>

Jelena Michajlowina: 525 Seiten im Jahr 2014 wegen Extremismus blockiert

»Der Leiter von Roskomnadsor Alexander Sharow hat berichtet, wie viel Internetseiten seine Behörde im Jahr 2014 wegen Verbreitung von Aufrufen zu Massenunruhen, extremistischen Handlungen oder zur Beteiligung an nicht genehmigten Aktionen gesperrt hat. ›RIA Nowosti‹ zitiert seine Erklärung.

[...]

»Die Zusammenarbeit von Roskomnadsor und Generalstaatsanwaltschaft erlaubt es, die propagandistischen Maßnahmen der verschiedenen extremistischen Organisationen, die die physische Vernichtung von Menschen zum Ziel haben, auf Null zu reduzieren. Heute betrifft das vor allem islamische Terrororganisationen und ukrainische nationalistische Gruppierungen«, lautete der Kommentar des Behördenchefs.

1 Dt.: »Orthodoxie und die Welt«; d. Red.

Darüber hinaus habe die Behörde Maßnahmen ergriffen, die den Zugang zu Internetseiten mit Kinderpornographie, der Propagierung von Drogenkonsum und von Suizid blockieren, sagte der Leiter von Roskomnadsor.

Seit Ende 2013 werden in das Register der verbotenen Internetseiten auch Internetseiten aufgenommen, zu denen der Zugang aufgrund eines Gerichtsbeschlusses gesperrt wurde. In das Register sind derzeit über 8.500 Seiten aufgrund von über 4.000 Gerichtsbeschlüssen aufgenommen worden.«

Jelena Michailowina auf »The Village«, 20.04.2015 <<http://www.the-village.ru/village/situation/situation/180515-roskomnadsor>>

Viktor Mutschnik: Über die Abschaltung des regionalen Fernsehsenders TV-2 in Tomsk

»Vor einem Jahr, am Abend des 19. April, verschwand das Signal von TV-2 aus dem Äther. »Haben sie euch abgeschaltet?« fragten sofort einige beunruhigte Bekannte, die anriefen. »Ach, nein«, antwortete ich aufrichtig. »Das ist nur ein Unfall. Sie haben versprochen, es wieder in Ordnung zu bringen.« Ich habe mich damals geirrt. Schließlich war es früher immer so gewesen, dass die Unannehmlichkeiten für uns von Roskomnadsor ausgingen und die Lizenz betrafen. Dass man einfach den Sender kappen würde, das hatten wir zuvor nicht erlebt. Druck haben wir seit Langem verspürt. Drohungen und Andeutungen hat es in letzter Zeit ständig gegeben. Die Atmosphäre wurde drückender. Besonders nach dem Maidan in der Ukraine und den taurischen [Krim-] Siegesglorien. Aber aus Gewohnheit stellen wir uns eine mögliche Vernichtung des Senders als langwieriges Vorgehen im juristischen Rahmen vor. Die Zeiten sind jedoch einfacher geworden.

[...]

Wer genau, auf welcher Ebene, die endgültige Entscheidung zu TV-2 getroffen hat, ist schwer zu sagen. Wohlinformierte Leute, die in den Dienstzimmern ein- und ausgehen, diejenigen, die uns zu helfen versuchten, zuckten ratlos mit den Schultern und meinten: »Ihr werdet irgendwo auf ganz hoher Ebene um die Ecke gebracht.«

Es wurde von Anzeigen und Denunziationen gesprochen, die aus Tomsk nach Moskau gingen. Jetzt ist dokumentarisch belegt, dass eine davon aus der Präsidialadministration an Roskomnadsor weitergeleitet wurde. Im letzten Jahr. Sie war, wie das in solchen Fällen üblich ist, von einem unbekanntem Rentner unterschrieben. Man kann jedoch annehmen, dass es nicht nur anonyme Rentner sondern auch durchaus reale Amtsträger gab. In unserer Hacker-Epoche werden zukünftig noch viele interessante Dokumente auftauchen. Zweifellos.

Es brauchte über ein Jahr, um den Fernsehsender abzuschalten. Von April bis Februar. Man hätte uns natürlich schneller beseitigen können. Doch haben wir uns heftig gewehrt. Die Resonanz in den Medien auf die ungeheuerlichen Geschehnisse war groß. Kollegen aus ganz Russland und darüber hinaus haben viel über das Schicksal des kleinen Fernsehsenders in einer nicht allzu großen Stadt geschrieben und gesprochen. Auch die Stadt hat uns sehr geholfen. Seit Menschengedenken hat es nicht mehr derart massenhafte Protestaktionen gegeben, wie die Demonstrationen und Mahnwachen zur Unterstützung von TV-2. Und das ist viel wert.

Schließlich hat jeder Mensch mal Zweifel am Nutzen seiner Arbeit. Während dieses Jahres hat uns die Stadt das Gefühl gegeben, dass Tomsk den Fernsehsender gebraucht hat. Dass er von ganz unterschiedlichen Leuten mit ganz unterschiedlichen Ansichten gebraucht wurde.

[...]

Was ist das Ergebnis? Heute sind von TV-2 rund 20 Leute geblieben. Ungefähr hundert haben ihre Arbeit verloren. Viele haben, zum Glück, wieder etwas gefunden. Ich freue mich für sie. Aber das ist noch nicht allen gelungen. Besonders schwer ist es für Journalisten. Wer bei TV-2 gearbeitet hat, möchte nicht unbedingt in irgendeiner der anderen Medienorganisationen in Russland anfangen. Die Gewohnheiten, die Reputation...Schwierig, das alles.

Ich denke, es wurde erwartet, dass TV-2 nach der Abschaltung automatisch zugrunde gehen würde. Man kann ja im Internet, in einem schrumpfenden Markt, keine großen Sprünge machen. Man nahm an, wir würden langsam verkümmern.

Aber wir werden weiterarbeiten. Und dann kam da noch eine Förderung von der Stiftung »Sreda«. Das war wohl für diejenigen, die uns vernichten wollten, eine große Überraschung. Den hysterischen Reaktionen der »Sonderkommandos« im Internet nach zu urteilen.

Also werden wir unser Publikum sammeln, die Website erneuern. Deren Einnahmen steigern. Und vor die Gerichte ziehen. Was auch immer das für Gerichte sein mögen. [...]

Viktor Mutschnik, 20. 04. 2015 <<http://www.tv2.tomsk.ru/article/god-fidera>>

*Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

Die russische Online-Debatte über die Unruhen in Birjuljowo 2013

Julia Glathe, Berlin

Zusammenfassung

Fremdenfeindlichkeit stellt auch in Russland ein Problem dar. Diese Einstellung existiert nicht nur an den extremen Rändern der Gesellschaft, sondern findet auch Unterstützung in breiteren Bevölkerungsschichten. Das zeigt eine Untersuchung der migrationsfeindlichen Massenunruhen, die im Oktober 2013 im Moskauer Randbezirk Birjuljowo ausbrachen. Der gewaltsame Protest wurde nicht nur von der organisierten extremen Rechten, sondern vor allem auch von der lokalen Anwohnerschaft initiiert und getragen. Dieses Phänomen wurde russlandweit intensiv diskutiert. Im vorliegenden Beitrag wird die Auseinandersetzung über Birjuljowo in der russischen Blogosphäre untersucht, um einen Einblick in den gesellschaftlichen Diskurs zu Xenophobie und Migration zu geben.

Rückblick auf die Unruhen in Birjuljowo

Am 13. Oktober 2013 kam es in dem Moskauer Vorort Birjuljowo zu Massenunruhen, bei der eine Menschenmenge gewaltsam gegen Migranten im Stadtteil vorging und sich Straßenschlachten mit den Ordnungs- und Sicherheitskräften lieferte. Auslöser dieser Unruhen war der Tod eines russischen Anwohners, der in der Nacht vom 10. zum 11. Oktober auf dem Nachhauseweg angegriffen und durch Messerstiche getötet wurde. Dem Augenzeugenbericht der Freundin des Opfers zufolge handelte es sich bei dem Täter um eine Person »kaukasischer oder zentralasiatischer Herkunft«. Am 13. Oktober kam es darauf hin zu einer Protestversammlung, an der mehrere Hundert Menschen teilnahmen. Die Protestierenden forderten die Behörden auf, den Täter zu finden, aber auch, die Immigration zu beschränken und den nahe gelegenen Gemüsegroßmarkt zu schließen, der überwiegend von Migranten betrieben wird. Die Versammlung geriet rasch außer Kontrolle und eskalierte. Es kam zu Straßenschlachten, bei denen massiv Gewalt eingesetzt wurde. Dabei wurden Parolen wie »Russen vorwärts« und »Wir sind Russen, wir sind zu Hause« gerufen, mehrere Personen »nicht-slawischen« Aussehens angegriffen und Geschäfte und Märkte, die typischen Arbeitsorte von Migranten, verwüstet. Kurzum, in Birjuljowo kam es zu einem regelrechten fremdenfeindlichen Pogrom.

Die Blogosphäre als Raum öffentlicher Diskussion

Dieser Pogrom wurde auch in der Blogosphäre intensiv diskutiert, und diese Diskussion erlaubt Einblicke in den Diskurs über Fremdenfeindlichkeit und Migration in Russland. Die folgende Analyse basiert auf einer diskursanalytischen Untersuchung von insgesamt 86 russischen Blogartikeln, in denen über die Geschehnisse in Birjuljowo reflektiert wird.

Blogs bieten einen Einblick in gesellschaftliche Diskurse, die sich an der Schnittstelle zwischen privatem und öffentlichem Raum bewegen. Das heißt, auf der einen Seite werden Blogs in der Regel durch Privatpersonen unterhalten, die für sich selbst und ihren Bekanntenkreis über ihnen relevant erscheinende Themen berichten. Andererseits nutzen Blogger aber auch die Möglichkeiten des Internets und verlinken auf Inhalte anderer Online-Medien, Organisationen oder Politiker. Somit werden durch die Untersuchung von Blogartikeln einerseits Alltagskonstruktionen, andererseits aber auch Inhalte aus Politik, Medien, Wissenschaft sichtbar, die Einfluss auf die alltägliche Meinungsbildung nehmen.

Die Einschätzung der Unruhen in russischen Blogs

In der Online-Debatte standen vor allem folgende Fragen im Vordergrund: Was waren die Ursachen der Unruhen, wer waren die Beteiligten, und wie ist die Reaktion des Staates auf die Geschehnisse zu bewerten? Dabei zeigte sich, dass die Blogger die gewaltsamen Proteste mehrheitlich unkritisch betrachten. So sahen sie als Ursache der Unruhen überwiegend Migrations- und Korruptionsprobleme – Fremdenfeindlichkeit als Motiv blendeten sie hingegen weitgehend aus. Somit standen die vermeintlichen und tatsächlichen Probleme der Anwohnerschaft Birjuljowos, wie zum Beispiel eine hohe Kriminalitätsrate und bestechliche Beamte, im Fokus der Debatte.

Dies ist eine Perspektive, in der die Unruhen gleichsam als eine »Verzweiflungstat« erscheinen und nicht als fremdenfeindlicher Pogrom. Die Schuld bzw. Verantwortung für die Geschehnisse in Birjuljowo schrieben die Autoren somit vorrangig nicht denjenigen zu, die an den Unruhen beteiligt waren, sondern denjenigen, die attackiert wurden: »kriminelle Migranten« und »korrupte Staatsbeamte«. Nur vereinzelt setzten sich die Blogger kritisch mit den Demonstrierenden selbst auseinander und problematisierten Xenophobie als hauptsächliche Ursache der Unruhen. In der Regel aber schätzten sie die an den Unruhen Beteiligten als unpolitische und eigentlich friedfertige

»Die meisten Festgenommenen haben sich lediglich zu schulden kommen lassen, dass sie die Emotionen nicht zurückhalten konnten, die sich über Jahre angesammelt haben und nun herausprudeln. Sind sie nun zu bestrafen? Und warum hat niemand vor, jene zu bestrafen, die in den letzten 20 Jahren die offene Vorherrschaft der zugereisten Migranten zugelassen haben; warum bestraft niemand die Bullen, die Illegale fangen, um sie hundert Meter weiter ruhig wieder laufen zu lassen? Man sollte nicht die einfachen Bewohner des Stadtteils, denen die Nerven versagten, zu Radikalen machen. Was habt ihr von ihnen erwartet? Ich möchte nicht jene rechtfertigen, die die Leute von der OMON [Sondereinheit der Polizei; d. Red.] geschlagen haben, aber ich verstehe, warum sie sich nicht zurückhalten konnten. Provokateure hat es keine gegeben, nur Idioten, die nicht verstanden, wozu sie aufriefen. So ist die Menge, da passiert immer so etwas. Niemand hat Massenunruhen vorbereitet oder organisiert. Man sollte nicht etwas ausmalen, was es nicht gegeben hat. Die Ereignisse von gestern können einer emotionalen Explosion oder einem Affektzustand zugeschrieben werden.« (proboknet, 14.10.2013; <<http://proboknet.livejournal.com/295661.html>>)

Anwohnerschaft ein, die lediglich auf die Probleme im Bezirk reagiert habe. Der häufige Verweis darauf, dass die Anwohner keine Nationalisten seien, zeigt, dass Alltagsrassismus verleugnet, tabuisiert und somit eine kritische Debatte verhindert wurde.

»Gestern um 16.00 gab es an dem Ort, wo Jegor umgebracht wurde, einen Volksauflauf; es versammelten sich normale Bewohner des Stadtteils, um zu reden, zu überlegen wie es weiter gehen soll, denn weiter so zu leben sei nicht möglich. Nach Mitternacht in dem Stadtteil jemandem mit slawischem Äußeren zu begegnen, ist praktisch unreal. Das waren einfache Bewohner des Stadtteils, die mit ihren Kindern gekommen waren, auch mit ganz kleinen in Kinderwagen, es gab keine debilen Gestalten, Alkoholiker oder Drogenabhängigen, wie das jetzt einige darzustellen versuchen.« (proboknet, 14.10.2013; <<http://proboknet.livejournal.com/295661.html>>)

Diskurse zu Migration, Korruption und Staatsmacht

Die Reflexionen über Birjuljowo drehen sich jedoch nicht allein um die Geschehnisse vor Ort. In der Debatte über die Massenunruhen wurden darüber hinaus gesellschaftlich relevante Themen aufgegriffen und mit dem Ereignis verknüpft. Dieser typische Mechanismus von Diskursen führt dazu, dass gesellschaftlich geteiltes Wissen aktualisiert und weitergegeben wird. Die Debatte drehte sich im Kern vor allem um die Migrationsfrage. Dabei zeigte sich, dass

»Man sollte anmerken, dass Mord mit Hilfe eines Messers für Leute, die aus dem Kaukasus stammen, schon nicht mehr die Ausnahme ist; es ist ein systematisches Verhalten gegenüber Personen anderer Nationalität. Im Kaukasus, wenn sie sich in ihrer nationalen Gemeinschaft befinden, sind sie sich bewusst, dass ihre Familie für jede ihrer Taten zu bezahlen hätte, also nicht nur er. Wenn sie sich außerhalb des Kaukasus befinden, spüren sie meiner Meinung nach die Strafflosigkeit für jede Art Verhalten gegenüber der örtlichen Bevölkerung. Eben dies führt dazu, dass bei beliebigem Anlass Messer u. ä. eingesetzt werden, was die Tödlichkeit jedes Konfliktes um ein Vielfaches erhöht.« (varnac, 14.10.2013; <<http://varnac.livejournal.com/56341.html>>)

durch das Abrufen von Ressentiments ein nahezu deterministischer Zusammenhang zwischen Herkunft und Kriminalität konstruiert wird. Diese Vorstellung basiert dabei einerseits auf einem rassistischen Argumentationskern, andererseits aber auch auf der Wahrnehmung einer vermeintlich machtvollen sozialen Sonderstellung von Migranten. Viele Blogger glauben, dass die Polizei Migranten kaum kontrolliere und nur selten Anzeige gegen sie erstatte. Der Grund dafür sei, dass Migranten meistens keinen registrierten Aufenthalt und Wohnsitz hätten und ihre Straftaten somit ohnehin schwer verfolgbar seien. Zusätzlich, so die häufige Annahme, könnten sich kriminelle Migranten bei korrupten Staatsbeamten einfach freikaufen. Eine häufige Schlussfolgerung aus dieser Argumentation lautet: Migranten sind nicht nur häufig kriminell, sie werden dafür – im Gegensatz zu den (meist russischen) Bürgern Russlands – nicht einmal bestraft und nutzen dieses »Privileg« bewusst aus. Somit wird einerseits ein Bedrohungsszenario für die (ethnisch) russische Bevölkerung stilisiert, andererseits ungleiche Machtverhältnisse problematisiert.

»Zum letzten Mal bin ich dort [im Lebensmittelmarkt in Birjuljowo; Anm. J.G.] vor vier Jahren gewesen, als ich zufällig mitten ins dichteste Getümmel der Handelsstände ging. Ich wurde wie ein Fremdling angeschaut, denn mein Freund und ich waren die einzigen Russen unter Tausenden (!) Migranten. All diese endlos vielen Migranten, ich denke, nicht weniger als 15.000, füllten den Stadtteil, sie wohnen hier, gehen hier aus, erholen sich hier, und hier bringen sie Russen um.« (proboknet, 14.10.2013; <<http://proboknet.livejournal.com/295661.html>>)

»Und die Russen fühlen sich hier nicht mehr wie *zu Hause*. Sie kommen sich – im eigenen Hause – wie Fremde vor, und dieses eigene Haus wird für sie immer mehr zu einem anderen und fremden. Das eigene Haus, das bedeutet gewohnte Leute, die eigene Sprache auf den Straßen, bekannte Traditionen und eine klare Verhaltenskultur. Doch dies alles gehört immer mehr der Vergangenheit an... Alles Neue ist schon anders und fremd.« (akmelung, 24.10.2013; <<http://akmelung.livejournal.com/12103.html>>)

Neben Kriminalität wurde in den Blogs vielfach eine vermeintliche kulturelle Dominanz von Migranten problematisiert. Viele Blogger gingen davon aus, dass Arbeitsmigranten Moskau »überfremden« und die russischen Einwohner verdrängen würden. Diese Diskussion zeigt, dass Migranten ein »Gästestatus« zugeschrieben und entsprechend dieser Kategorie eine Anpassung an nationale Gegebenheiten gefordert wird. Die Reflexionen über die Unruhen in Birjuljowo spiegeln somit ebenfalls Vorstellungen legitimer und illegitimer gesellschaftlicher Hierarchien (legitimer Vor-

»Man muss verstehen: Je mehr Gegenden mit dichter Bevölkerung aus Migranten einen Albtraum für das Leben der örtlichen Bewohner bedeuten, desto mehr können dort »Silowiki« [hier: Ordnungshüter; d. Red.] und lokale Behörden daran verdienen. Das ist ein Gesetz. Alle wissen: Dort ist ein kriminelles Ghetto geschaffen worden, Leute von dort begehen ungestraft Verbrechen, weil sie der Obrigkeit Bestechungsgelder zahlen. Die ist für sie und gegen uns. Das ist auch ein Gesetz. Man kann weder vor Gericht, noch bei der Polizei Gerechtigkeit erlangen. Auch das ist ein Gesetz.« (come_wi_freedom, 14.10.13; <<http://come-wi-freedom.livejournal.com/520816.html>>)

»Es ist klar, dass die Moskauer Behörden (wie auch die föderalen) auf das Problem [der Migration, Anm. J.G.] natürlich immer gepfiffen haben, und auch jetzt wollen sie sich eindeutig mit allgemeinen Worten, plakativen Maßnahmen und erneuten Razzien herauswinden. Oder ist es vielleicht so, dass die Behörden in Wirklichkeit an einem Zustrom von vielen Millionen Migranten (minderqualifizierten Arbeitskräften) nach Russland interessiert sind?« (naganoff, 14.10.13; <<http://naganoff.livejournal.com/119725.html>>)

rang für Russen und illegitime Gleichstellung von Migranten) wider, und in diesem Zusammenhang eine Angst vor dem Verlust der russischen Vormachtstellung.

Viele Blogger reflektierten im Kontext der Unruhen auch über die russische Staatsmacht und die Funktionsfähigkeit der staatlichen Institutionen. Der Staatsapparat wurde dabei vielfach als ein vollkommen von Korruption durchdrungenes System dargestellt. Dabei machten die Blogger sowohl die Behörden der Exekutive als auch die politischen Entscheidungsträger für die Korruption verantwortlich. In diesem Zusammenhang geben sie ihnen auch die Schuld an illegaler Einwanderung und »ethnischer Kriminalität«. Viele Blogger argumentieren, dass die Staatsbeamten auf allen Ebenen durch Bestechungsgelder von der Illegalität der Migranten und von »ethnischer Kriminalität« profitieren und somit diese Prozesse bewusst zulassen würden. Die Staatsmacht und die kriminellen Migranten erscheinen somit als machtvolle Allianz, die auf Kosten der russischen Bevölkerung agiert.

Zusätzlich wird die Staatsmacht in den Blogs häufig für ihre Untätigkeit und Distanz zur Bevölkerung kritisiert. Die Blogger gehen davon aus, dass die politischen Repräsentanten keinerlei Verpflichtung gegenüber dem Volk verspüren und nur entsprechend ihrer eigenen Interessen handeln würden. Als Paradebeispiel führen sie dafür die staatliche Migrationspolitik an, die bisher – entgegen dem Willen der Bevölkerung des Landes – Zuwanderung aus den ehemaligen Sowjetrepubliken nicht beschränkt. Diese thematische Verschränkung von Migrations- und Staatsmachtdiskurs führt somit dazu, dass die Vorstellung von einer untätigen und vom Volk entfremdeten Staatsmacht an einem scheinbar ganz konkreten Beispiel festgemacht und begründet werden kann. In der Folge gewinnt auch die Problematisierung von Migration an Gewicht, da hier die Wahrnehmung einer mangelhaften Interessenvertretung vermeintlich

belegt werden kann. Der Diskurs über die Staatsmacht spiegelt somit wie der Korruptionsdiskurs eine Enttäuschung über eine wahrgenommene Macht- und Einflusslosigkeit der russischen Bevölkerung wider. Zugleich wird deutlich, wie das bereits lange Zeit bestehende Deutungsmuster der Distanz des russischen Staates vom einfachen Volk zur Legitimation fremdenfeindlicher Ideologie instrumentalisiert werden kann.

Angriffsflächen für Xenophobie

Die Analyse der Blogosphäre bestätigte die wiederholt durch offizielle Umfragen diagnostizierte weite Verbreitung von Xenophobie in Russland. Sie zeigt darüber hinaus, dass die Verschränkung von Diskursen zu gesellschaftlichen Problembereichen dafür verantwortlich ist, dass derart breite Gesellschaftsschichten Migranten gegenüber so feindlich eingestellt sind. Nicht allein Negativkonstruktionen von Migranten führen zu einer verbreiteten Akzeptanz der Abwertung und Ungleichstellung von Migranten. Im Kontext der Debatte über Birjulowo waren es zusätzlich öffentliche Diskurse zu Korruption und der Rolle der Staatsmacht, die eine Angriffsfläche für migrationsfeindliche Positionen bildeten. Zusätzlich führt die Marginalisierung von Gegendiskursen zur Xenophobie dazu, dass xenophobe Alltagskonstruktionen nicht als solche identifiziert werden und stattdessen fremdenfeindliche Handlungspraxen verharmlost, relativiert und verleugnet werden. Die Verharmlosung von Gewalt und das Freisprechen von Verantwortung und Schuld der an den Unruhen Beteiligten ist dabei als besonders problematisch einzuschätzen, da auf diese Weise fremdenfeindliche Handlungsspielräume ausgeweitet werden könnten.

Schlussfolgerungen

In der russischen Gesellschaft muss – wie in anderen Gesellschaften auch – dringend ein reflektierter Diskurs über Fremdenfeindlichkeit geführt werden. Es muss deutlich werden, dass Xenophobie nicht allein ein Problem der organisierten Rechten ist, sondern dass auch die bürgerliche Mitte Migranten abwertet und ausgrenzt und zu gewaltsamen Handlungen fähig ist. Die russische Regierung stellt sich diesem Problem jedoch nicht. Ihre Reaktion auf die Unruhen im Jahr 2013 bestand stattdessen fast ausschließlich darin, organisierte Nationalisten als Provokateure zu verurteilen. Zusätzlich erschien das Krisenmanagement der politischen Elite kontraproduktiv. Am Folgetag der Unruhen wurden über 1000 Arbeitsmigranten festgenommen und umfassende Razzien angekündigt. Auf diese Weise wurde Migration als zentraler Problembereich in den Vordergrund gerückt – zu Lasten einer gesellschaftlichen Debatte über Xenophobie als Mehrheits- und nicht als ein Randphänomen.

Über die Autorin

Julia Glathe hat den Masterstudiengang Osteuropastudien in den Disziplinen Soziologie und Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und an der University of Birmingham absolviert.

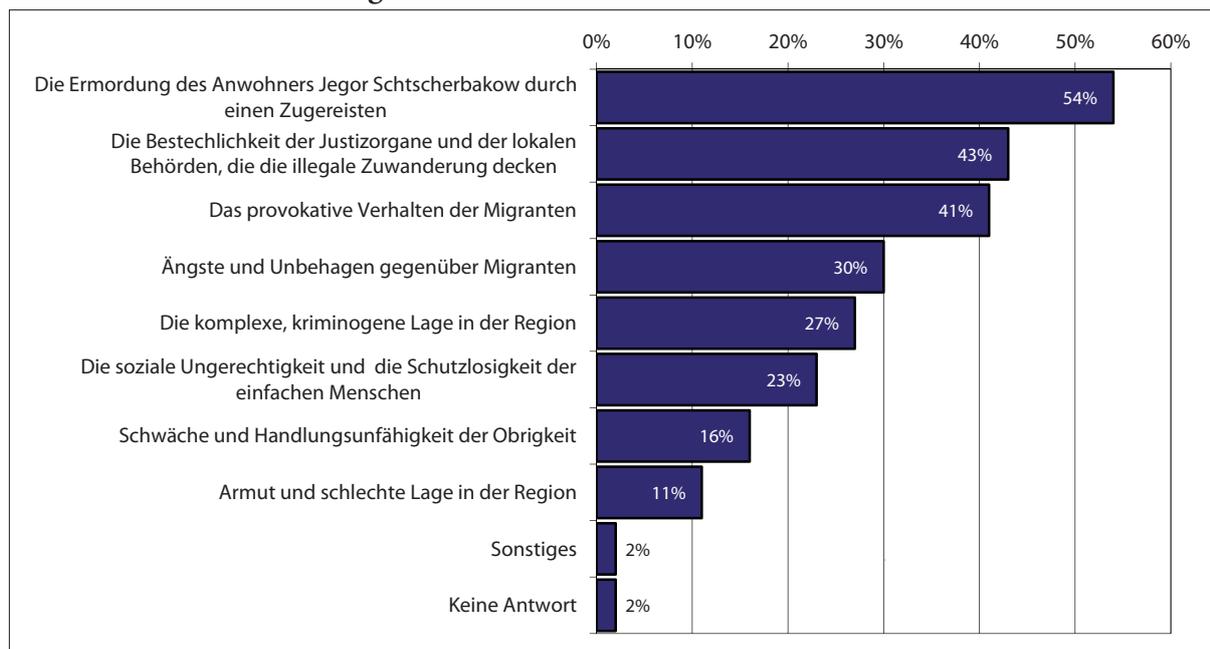
Lesetipps

- Balmforth, Tom: Biryulyovo vs. Bolotnaya: A Tale Of Two Riots, in: Radio Free Europe / Radio Liberty, 17.10.2013; <<http://www.rferl.org/content/tale-of-two-riots-moscow/25139616.html>>
- Mikhailova, Yulia: Electronic media and popular discourse on Russian nationalism, in: Nationalities Papers. The Journal of Nationalism and Ethnicity, 39.2011, Nr. 4, S. 523–546.
- SOVA: Nationalist Unrest in Biryulyovo, 15.10.13; <<http://www.sova-center.ru/en/xenophobia/news-releases/2013/10/d28165/>>

Nationalismus und Xenophobie

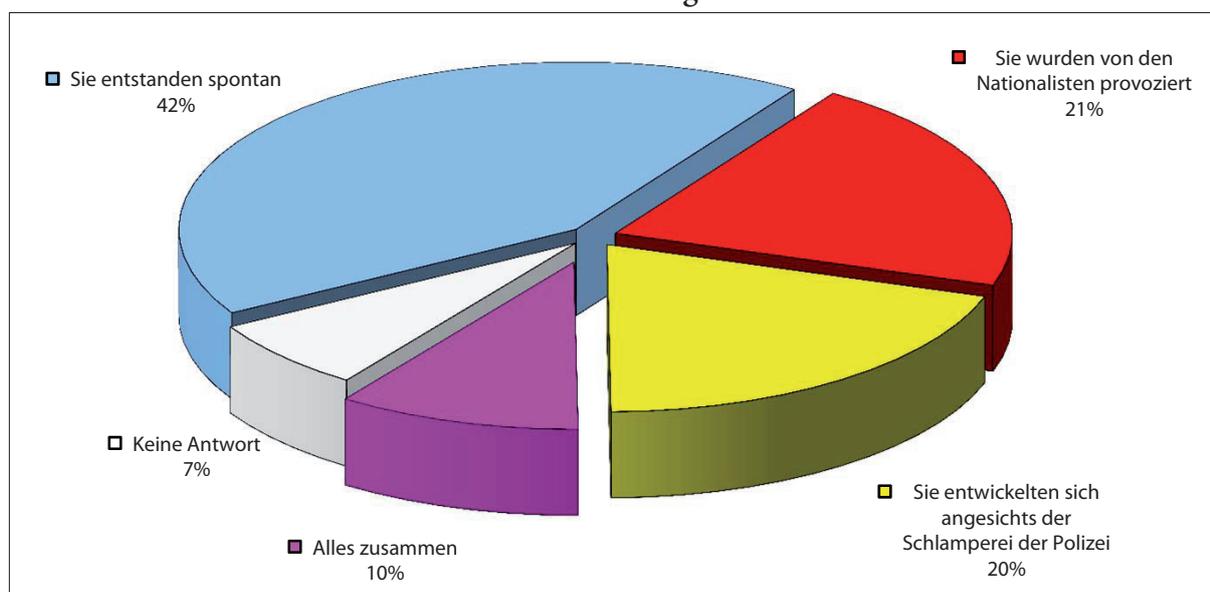
Der Fall Birjulowo

Grafik 7: Was hat Ihrer Meinung nach dazu geführt, dass in Birjulowo eine solche Massenunzufriedenheit aufgeflammt ist?



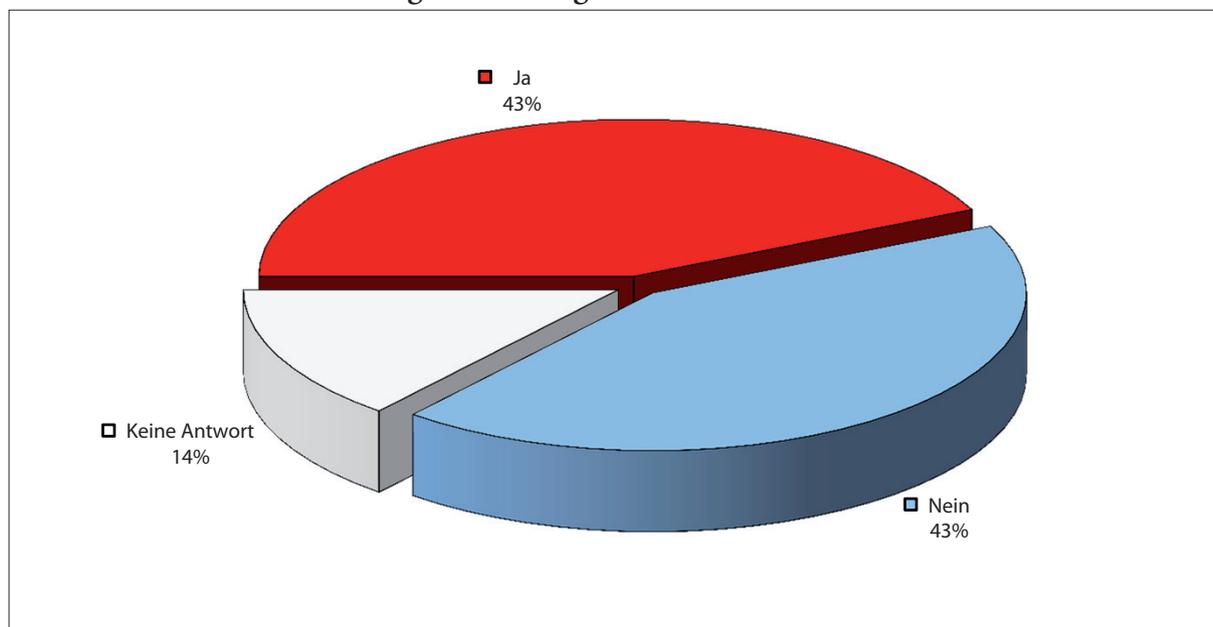
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. Oktober 2013 <<http://www.levada.ru/print/05-11-2013/sobytiya-v-v-zapad-nom-biryulevo-v-predstavleniyakh-rossiyan>, 7. November 2013>

Grafik 8: Entstanden die Massenunruhen spontan, wurden sie von Nationalisten provoziert oder entwickelten sie sich durch das Versagen der Polizei?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. Oktober 2013 <<http://www.levada.ru/print/05-11-2013/sobytiya-v-v-zapad-nom-biryulevo-v-predstavleniyakh-rossiyan>, 7. November 2013>

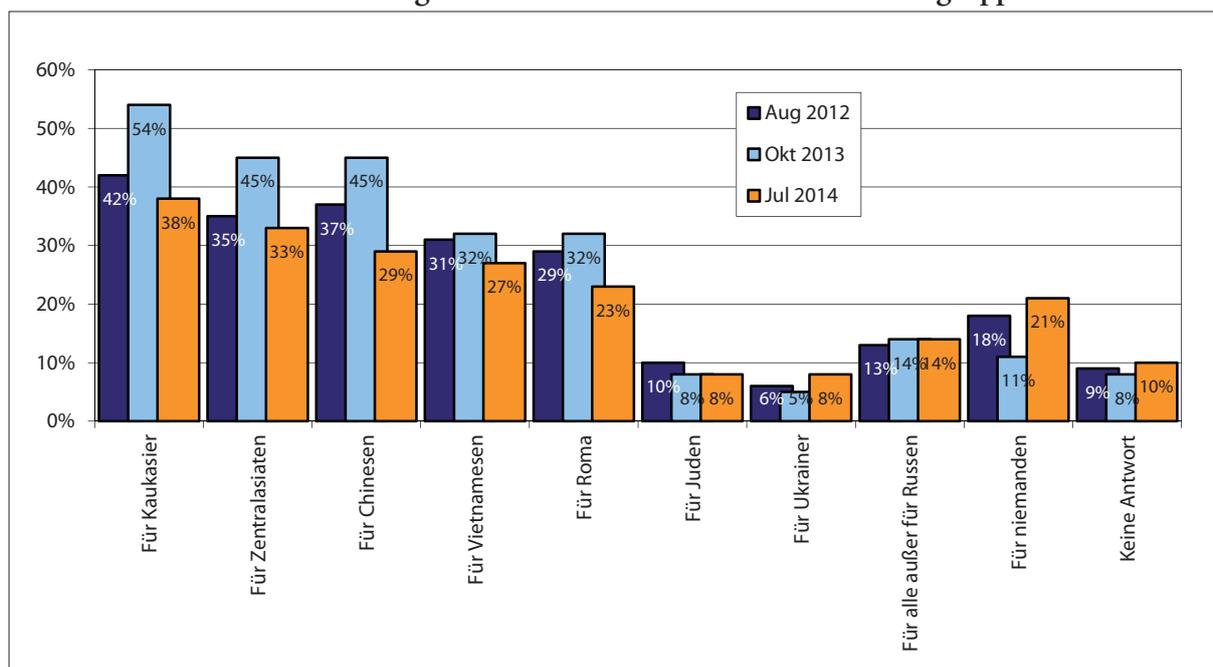
Grafik 9: Könnten solche Dinge auch dort geschehen, wo Sie wohnen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. Oktober 2013 <<http://www.levada.ru/print/05-11-2013/sobytiya-v-v-zapad-nom-biryulevo-v-predstavleniyakh-rossiyan>, 7. November 2013>

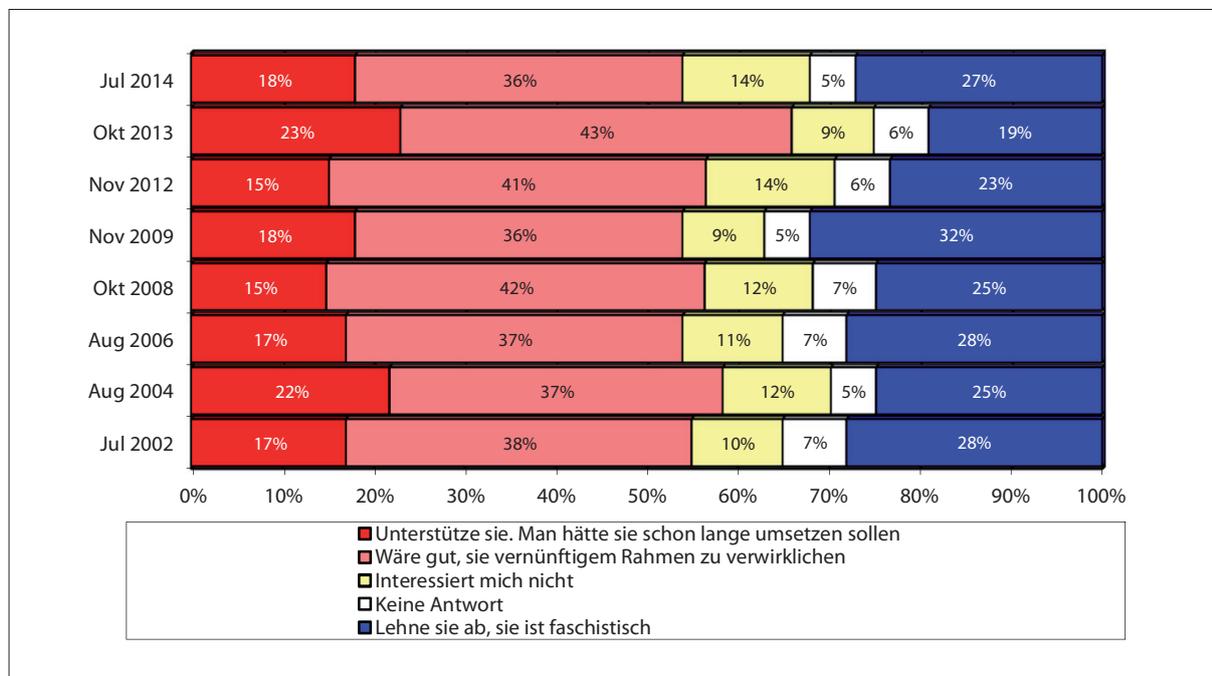
Einstellungen gegenüber Migranten im Allgemeinen

Grafik 10: Muss man den Zuzug nach Russland für bestimmte Personengruppen beschränken?



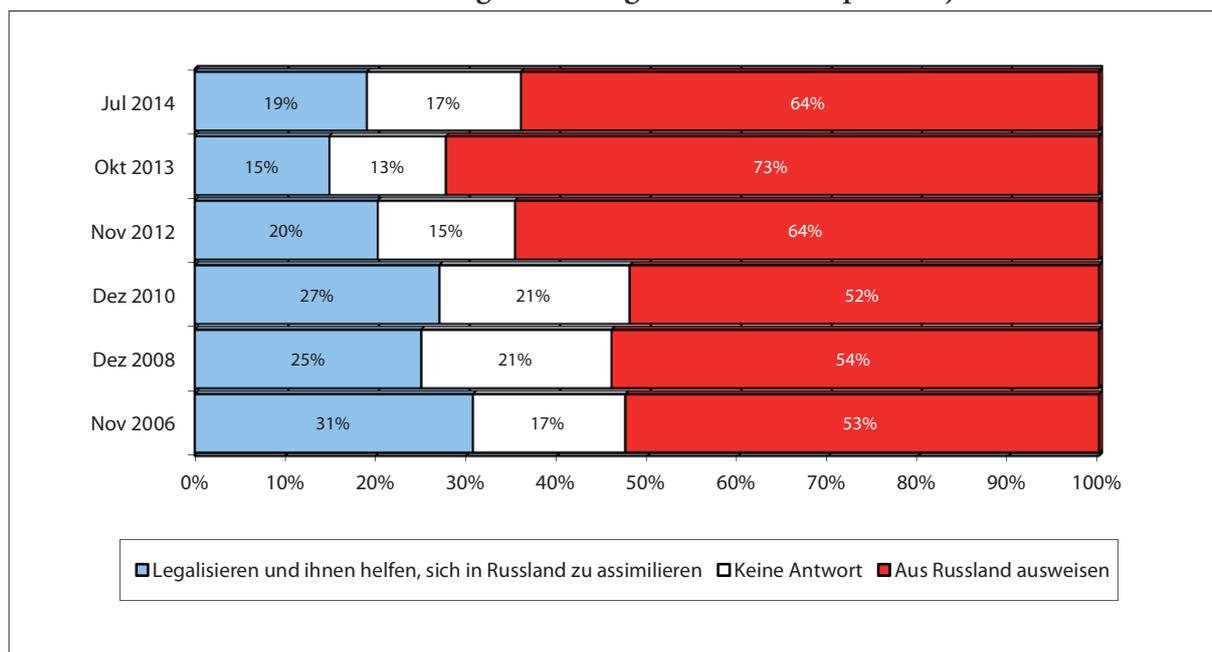
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. Juli 2014 <<http://www.levada.ru/print/26-08-2014/natsionalizm-ksenofobiya-i-migratsiya>, 27. August 2014>

Grafik 11: Wie stehen Sie zu der Idee »Russland den Russen!«?



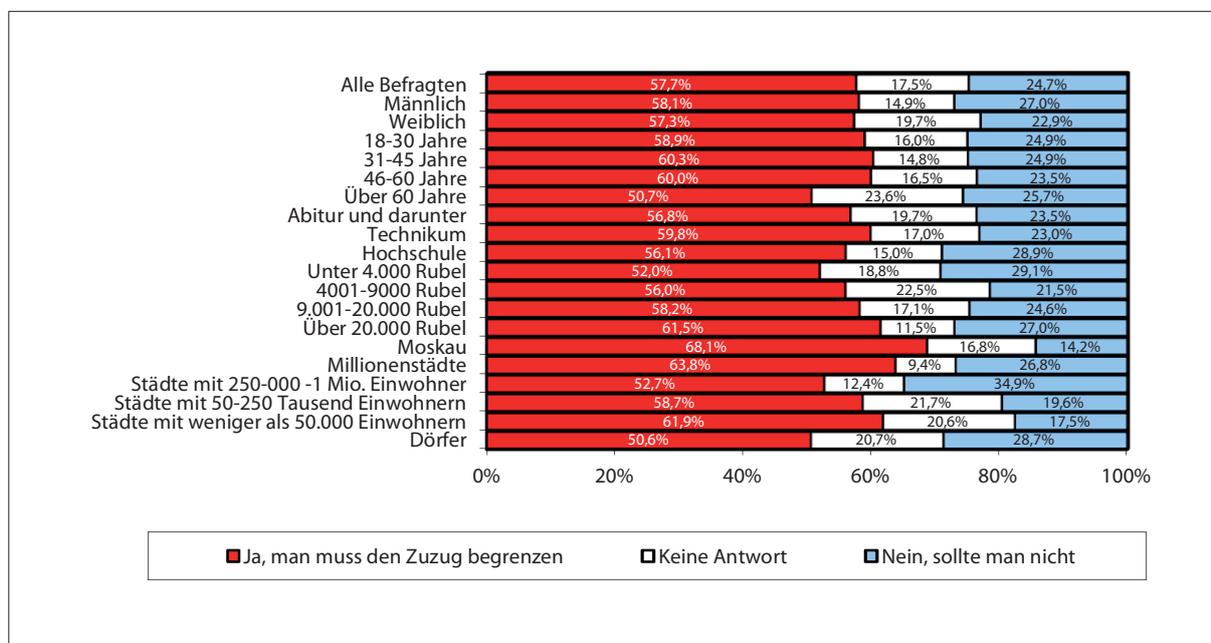
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. Juli 2014 <<http://www.levada.ru/print/26-08-2014/natsionalizm-ksenofobiya-i-migratsiya>, 27. August 2014>

Grafik 12: Was soll man mit den illegalen Immigranten aus dem postsowjetischen Raum tun?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. Juli 2014 <<http://www.levada.ru/print/26-08-2014/natsionalizm-ksenofobiya-i-migratsiya>, 27. August 2014>

Grafik 13: Muss man den Zuzug der Angehörigen gewisser Ethnien in Ihre Region begrenzen oder nicht?



Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung vom 6.–7. Dezember 2014, N = 1.500 <<http://fom.ru/Obraz-zhizni/11876>, 18. Januar 2015>

NOTIZEN AUS MOSKAU

Russische Nationalstaatsbildung

Jens Siegert, Moskau

Vor ziemlich genau einem Jahr habe ich in diesen Notizen vorgeschlagen, den inzwischen zu einem Krieg eskalierten Konflikt zwischen Russland und der Ukraine als Teil des russischen »Nationenwerdungsprozesses« zu betrachten (<<http://russland.boellblog.org/2014/04/10/vom-imperium-zur-nation-und-nie-wieder-zurueck/>>). Schon damals ist mir aufgefallen, dass sowohl diejenigen, die kurz und verfälschend »Russlandverstehere« genannt werden, als auch ihre Opponenten (die in der Diskussion interessanterweise nicht auf einen so kurzen Begriff gebracht werden) dazu neigen, Russland als Fortsetzung, gar als eine geschrumpfte Version der Sowjetunion anzusehen. Zwar ziehen sie unterschiedliche Schlüsse, wie damit umzugehen sei, aber sie sind sich oft darin einig, dass das Putinsche Projekt die Wiederherstellung eines russischen Imperiums darstellt. Ich will das an einem aktuellen (Debatten-)Beispiel erläutern.

Unlängst hat der SPD-Vorsitzende und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel in einem Beitrag für die Zeitung »Die Welt« plakativ gefordert, »Russland als Partner« zurückzugewinnen (<<http://www.welt.de/wirtschaft/article139362524/Europa-muss-Russland-wieder-als-Partner-gewinnen.html>>). Darin bezieht er sich ausdrücklich auf die Brandtsche Ostpolitik. Mit meinen Worten wiedergegeben, argumentiert Gabriel etwa so (und damit recht typisch für die, ich komme der Kürze wegen einfach nicht um den Begriff herum, »Russlandverstehere«): Russland habe zwar »böse Sachen« gemacht, aber Frieden in Europa sei ohne Russland nicht möglich. Politik wiederum sei nun mal die Kunst des Möglichen. Und im Übrigen habe es ja auch schon einmal geklappt, das Land durch Kooperation zu einem Partner zu machen.

Nun kann man zwar durchaus darüber streiten, was denn nun das Ende der Sowjetunion und ihre freiwillige

lige und, gemessen an der Größe der Aufgabe, erstaunlich friedliche Auflösung herbeigeführt hat. Es sei aber einmal angenommen, die Ostpolitik habe einen großen, vielleicht sogar entscheidenden Anteil daran gehabt, dass es dazu kam. Dann kommen bei Gabriel trotzdem zwei Dinge zu kurz.

Der wichtigste Unterschied zwischen Brandt und der heutigen (überwiegend, aber nicht nur) sozialdemokratischen Verklärung der Ostpolitik der 1970er Jahre liegt darin, dass in ihr von der Brandtschen Entspannungspolitik nur noch ein Drittel übergeblieben ist, nämlich der Dialog. Zwei Aspekte sind weggefallen: erstens der Glaube daran, dass das westliche politische System einer liberalen, demokratisch verfassten, auf Menschenrechten und der Menschenwürde aufbauenden Gesellschaft mit einer sozialen Marktwirtschaft nicht nur ein ethischer und moralischer Imperativ ist, sondern dass es auch, auf mittlere und längere Frist den Menschen mehr Wohlstand und ein besseres Leben (im umfassenden Sinn) ermöglicht; zweitens fehlt der glaubhafte Wille, sich im Zweifelsfall gegenüber Aggressionen wie der russischen in der Ukraine auch militärisch zu verteidigen. Dieser doppelte Kleinmut ist das Putinsche Einfallstor.

Die Historikerin Anna Veronika Wendland kritisierte Gabriel in einem langen, furiosen Facebook-Beitrag (<<https://www.facebook.com/annaverowendland/posts/469839399858309>>). Aber auch sie verwechselt das heutige Russland mit der Sowjetunion, wenn sie die derzeitige Konfrontation mit der damaligen gleichsetzt. Der Unterschied zu heute liegt eben nicht darin, dass, wie sie schreibt, die Zeiten der Ostpolitik »nicht die finstersten Zeiten des Kalten Kriegs« waren. Auch die heutigen Zeiten sind weit von jenen »finstersten Zeiten« entfernt. Es sollte nicht vergessen werden, dass Russland, trotz allem, was seit zwei, drei Jahren passiert ist, immer noch ungleich offener ist, als es die Sowjetunion jemals gewesen ist (mit Ausnahme der letzten Jahre vielleicht, aber das war schon nicht mehr wirklich die Sowjetunion, das war bereits der Übergang zu etwas Neuem).

Russland ist aber, bei allen politischen, gesellschaftlichen, ideengeschichtlichen und sonstigen Kontinuitäten, nicht einfach nur eine kleinere Sowjetunion. Russland ist ein Nationalstaat im Entstehen. Das zeigt sich schon an der im Werden begriffenen neuen Staatsideologie. Sie besitzt keinen universalen Anspruch mehr. Vielmehr bezieht sie sich ausdrücklich auf eine »russische Welt« und nutzt dazu das Adjektiv »russkij«, das das »Russischsein« sprachlich, ethnisch und kulturell beschreibt, im Gegensatz zu »rossijskij«, das sich auf die Staatlichkeit bezieht und auch im Namen »Rossijskaja Federacija« vorkommt. Damit soll nicht die Gefahr, die von einem russischen Nationalismus (denn darum handelt es sich) für die unmittelbaren Nachbarn ausgeht,

verharmlost werden. Diese ist, wie oft bei Nationalismen, durchaus vorhanden und kann, wie sich momentan zeigt, sehr aggressive Züge annehmen.

Einen weiteren Hinweis darauf, dass das Putinsche Projekt kein primär imperiales, sondern in erster Linie ein nationales ist, bietet die Geschichtspolitik. Schon seit einigen Jahren gibt es den systematischen Versuch, die im historischen Kontext gesehen recht kurze sowjetische Geschichte, also die Geschichte des sowjetischen Imperiums, in eine lange »russische« Geschichte einzubetten (ironischerweise als »tausendjährige« Geschichte, die mit dem Entstehen der »Kiewer Rus« Ende des 10. Jahrhunderts beginnt, als deren direkter Nachfolger der heutige russische Staat dargestellt wird). Dabei wird auch die Geschichte des »Russländischen Imperiums« (»Rossijskaja Imperija«, die Selbstbezeichnung Russlands seit Peter dem Großen) »ent-imperialisiert«.

Ich habe bereits vor einem halben Jahr in diesen Notizen darüber geschrieben, »wie Russland zum Sieger im ersten Weltkrieg wurde« (<<http://russland.boellblog.org/2014/11/21/regime-ohne-zukunft-wie-russland-zum-sieger-im-ersten-weltkrieg-wurde/>>). Daran wird besonders deutlich, wie durch eine Umdeutung der Geschichte (die immer auch als Abwehr einer »Fälschung der Geschichte« durch andere, insbesondere »den Westen«, gerechtfertigt wird) eine besondere Rolle des National-Russischen etabliert wird.

In der sowjetischen Geschichtsschreibung war der Erste Weltkrieg ein »imperialistischer Krieg«, an dem auch das »Russische Imperium«, das dann durch eine Revolution überwunden wurde, nicht unschuldig war. Grob gesagt, war es, dieser Geschichtsdeutung zu Folge, seinerzeit das Streben aller Großmächte, die Welt unter sich aufzuteilen, ohne dass sie sich friedlich einigen konnten. So kam es zum großen Krieg, an dem alle mehr (Deutschland, Habsburg) oder weniger (Großbritannien, Frankreich, aber eben auch das zaristische, in sozialer und politischer Hinsicht »rückständige« Russland) gleich schuldig waren.

Im kollektiven Gedächtnis in Russland war der Erste Weltkrieg bis vor Kurzem ein Neutrum. Es gab keine Veteranen, keine Heldentaten, die man hätte feiern können, weil sich die russischen Soldaten sofort nach Ende des Krieges in »Rote« und »Weiße« teilten. Die »Roten« wurden Helden, die »Weißen«, die ja aber auch im Ersten Weltkrieg »für Russland« gekämpft hatten, zu »konterrevolutionären« Verrätern. Im vorigen Sommer begann sich das zu ändern. Präsident Putin sprach erstmals davon, dass Russland seinerzeit eigentlich zu den Siegern gehört habe. Der Sieg sei dem Land aber gestohlen worden. Im November, bei einem Treffen mit jungen Historikern, ging Putin dann weiter. Es habe Verräter in den eigenen Reihen gegeben (schon hier: Liberale),

die – mit ausländischer Hilfe (dieses Mal: die Briten) – Russland den Sieg gestohlen hätten.

Dazu passen die schon seit Längerem andauernden (und, wie Umfragen zeigen, durchaus erfolgreichen) Versuche, Stalins Image in das eines »effektiven Managers« umzudeuten. Sie werden begleitet von einer Säuberung der Stalinzeit von allem Sowjetideologischen. Heraus kommt ein Stalin, der den russischen (!) Staat zu einem der beiden mächtigsten der Erde gemacht hat, indem er ihn erst »mit harter Hand« modernisiert und industrialisiert und dann, im Zuge des Zweiten Weltkriegs – oder aus russischer Sicht besser: des »Großen Vaterländischen Kriegs« – auch militärisch zu einer Großmacht gemacht hat. Heraus kommt eine Art Sowjetunion ohne Bolschewismus, eine Sowjetunion, die eigentlich Russland gewesen sei.

Die Kehrseite dieser »Russifizierung« der sowjetischen Geschichte ist ihre, im Gegensatz zu früheren, imperialen Zeiten, begrenzte Reichweite. Das ist, wenn man so will, sowohl eine praktische Anpassung der neuen Staatsidee (mir scheint, der weitergehende Begriff der »Ideologie« ist hier eine Nummer zu groß) an die geringeren Ressourcen des heutigen Russlands im Vergleich zu seinen Vorgängern, als auch eine Anpassung dieser Ziele an die Staatsidee. Anders ausgedrückt beschränken sich die Ambitionen auf drei Ziele: auf die direkte Einbeziehung der »ostslawischen Welt« in diesen Staat; auf die Schaffung eines im wesentlichen durch die ehemaligen Grenzen der Sowjetunion minus Baltikum markierten Sicherheitsraums darum herum, der als geopolitisch bevorzugte russische Einflusszone definiert und eingefordert wird; und, ganz profan, aber sehr wichtig, letztlich wohl entscheidend, auf den Machterhalt im Land.

Die systematische Schwächung der EU und das (neue) Bündnis mit der (meist neuen) Anti-EU-Rechten lassen sich ebenfalls als Hinweis auf eine Nationalstaatsbildung interpretieren. Dahinter steckt, neben dem klassischen »Herrsche und teile«, ein tiefes Misstrauen gegenüber nicht-imperialen multinationalen Zusammenschlüssen. Die Sowjetunion ist, der in Russland vorherrschenden Meinung zufolge, nicht zuletzt an den

von Gorbatschow (viele denken, zumindest »fahrlässig«, die meisten aber »verbrecherisch«) von der Leine gelassenen Nationalismen zu Grunde gegangen (Politökonomie spielt in der Wahrnehmung kaum eine Rolle). Eine national-russische Konsolidierung des heutigen Russland wird dabei zunehmend als Lösung angesehen. Bei heute etwa 84 % ethnischer Russen gegenüber weniger als 50 % in der Sowjetunion ist das auch einfacher.

Ein letztes Problem für diese »Russifizierung« stellt das »Vielvölkervolk« (»mnogonacionalnyj narod«) dar, das der Präambel der russischen Verfassung zufolge staatskonstituierend ist. Doch dieses Problem konnte Putin, wie es aussieht, durch die Konzentration auf die imaginierte postulierte »russische Welt« und die, zumindest zeitweise, Pazifizierung der Tschetschenen durch zwei blutige (Bruder-)Kriege vorerst auf die längere Bank schieben. Ramsan Kadyrow gibt sich, zumindest solange aus Moskau das Geld fließt, dabei gegenüber allen außer Putin drohend, als der »russischste« aller »Russländer« und als vorderster Verteidiger der »russischen Welt«.

Der Redakteur fordert nun einen (im doppelten Wortsinn) Schluss. Also: Wenn wir es tatsächlich, wie ich meine, mit einer »Nationalstaatswerdung« zu tun haben und nicht mit einer Neuerfindung des Russischen Imperiums (was die Akteure wollen können, aber nicht unbedingt wollen und wissen müssen), dann liegt das Problem nicht nur im gegenwärtigen Aggressionspotential Russlands, sondern in der Notwendigkeit, Ansätze zu seiner Pazifizierung zu suchen. Nationalstaatsbildungen sind in vielen Fällen mit erheblicher innerer und äußerer Gewaltanwendung verbunden. In den meisten Fällen gelang mit der Zeit eine Befriedung. Oft war der Preis allerdings sehr hoch, mitunter viel zu hoch. Die gegenwärtige russische Politik als vorwiegend neoimperialistisch motiviert misszuverstehen (selbst wenn Teile des russischen politischen Establishments das genau so sehen), würde den Preis wahrscheinlich auch diesmal höher treiben als nötig.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

9. – 23. April 2014

9.4.2015	Aus dem Verteidigungsministerium wird mitgeteilt, dass der militärisch-industrielle Komplex im Jahr 2015 die Produktion von Systemen zur Flug- und Raketenabwehr gegenüber dem Vorjahr verdreifachen wird. Als primärer Grund wird die potenzielle Bedrohung durch die globale Schlagkraft der USA genannt.
3.–9.4.2015	Premierminister Dmitrij Medwedew reist nach Asien, um angesichts der verschlechterten Beziehungen mit dem Westen die Wirtschaftsbeziehungen mit dieser Region zu stärken. Während seines Aufenthalts in Vietnam und Thailand führte er Gespräche mit den dortigen Regierungschefs. Unter anderem bietet Medwedew dem thailändischen Regierungschef Prayut Chan-o-cha an, Thailand mit Waffen zu beliefern und im Gegenzug Agrarerzeugnisse aus dem Land zu beziehen. Des Weiteren unterbreitete er den Vorschlag einer Freihandelszone zwischen Russland und Thailand.
9.4.2015	Das russische Unternehmen »Garnison« wird das geplante Gefechtsübungszentrum in Mulino (in der Wolga-Region) fertigstellen. Die deutsche Bundesregierung hatte das Projekt, das die Firma »Rheinmetall« für das russische Verteidigungsministerium entwickelt hatte, 2014 aufgrund der Sanktionspolitik gegen Russland gestoppt.
9.4.2015	Die Duma-Abgeordnete Oksana Dmitrijewa gibt ihren Austritt aus der Partei »Gerechtes Russland« offiziell bekannt. Sie plant, eine neue wirtschaftsliberale Unternehmerpartei zu gründen.
9.4.2015	Unbekannte Aktivisten des Projekts »Glawplakat« (dt.: »Haupt-Plakat«) hängen im Zentrum Moskaus gegenüber dem Kulturministerium ein Transparent auf, das die Köpfe einer Reihe von Kulturschaffenden (u. a. des Regisseuren Kirill Serebrennikow, des ehemaligen Operndirektors Timofej Kuljabin und des Galeristen Marat Gelman) zeigt. Überschriften ist das Plakat mit der Frage »Brauchen wir so eine Form von Kultur?«.
10.4.2015	Das Gebietsgericht Saratowsk verurteilt drei Tschetschenen wegen Beihilfe zum Mord an einem Soldaten der Luftlandtruppen in der Stadt Pugatschow zu Gefängnisstrafen von 3,5 bis 14 Jahren. Der Soldat war 2013 während einer Schlägerei in einem Café in Pugatschow von einem Tschetschenen erstochen worden. Daraufhin war es in der Stadt zu fremdenfeindlichen Pogromen gekommen, die sich gegen Tschetschenen und andere aus dem Kaukasus stammende Personen richteten.
10.4.2015	Das amerikanische Unternehmen »Google« erklärt sich damit einverstanden, persönliche Daten von russischen Staatsangehörigen auf Servern in Russland zu speichern. Auch die Unternehmen »eBay« und »PayPal« kündigen an, russische Kundendaten in Russland zu belassen. Grund dafür ist ein entsprechender Entwurf zu einem Gesetz, der am 1. September in Russland in Kraft treten soll.
10.4.2015	Nach Angaben des russischen Rechnungshofes sind für die Olympischen und Paralympischen Winterspiele in Sotchi 324,9 Milliarden Rubel (ca. 7,2 Milliarden Euro) ausgegeben worden. Davon wurden 221 Milliarden Rubel (ca. 3,9 Milliarden Euro) von privaten Investoren getragen.
10.4.2015	Die Staatsduma verabschiedet Änderungsanträge zum föderalen Haushalt 2015. Es werden Anpassungen aufgrund des gefallen Ölpreises sowie drastische Kürzungsmaßnahmen vorgenommen, um die Ausgaben an die zu erwartenden sinkenden Einnahmen anzugleichen.
10.4.2015	Die russische Staatsduma ratifiziert das Protokoll zum »Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone in Zentralasien«. Das Dokument war am 6. Mai 2014 in New York unterzeichnet worden. Es verpflichtet die Nuklearstaaten Großbritannien, China, Russland, die USA und Frankreich dazu, keine Atomwaffen gegenüber den Vertragsstaaten einzusetzen oder deren Einsatz anzudrohen.
10.4.2015	Präsident Putin leitet eine »operative« Sitzung des russischen Sicherheitsrats. Themen sind die Lage in der Ukraine und im Jemen sowie innenpolitische Fragen. Außerdem wird über Vorbereitungen zum »Tag des Sieges« am 9. Mai gesprochen.
11.4.2015	Die nicht registrierte Fortschrittspartei von Alexej Nawalnyj bittet das Strafermittlungskomitee zu prüfen, ob die Informationen im Internet über behördeninterne Abstimmung über Registrierungsanträge regionaler Gliederungen der Partei den Tatsachen entsprechen. Die Hacker-Gruppe »Schaltaj-Boltaj« hatte die Korrespondenz zwischen Beamten der Präsidialadministration zur Frage der Registrierung publiziert.
11.4.2015	Die Verwaltung des Moskauer Untersuchungsgefängnisses »Matrosskaja Tischina« verweigert Leonid Raswoschajew aus formalen Gründen einen Freigang zur Beerdigung seiner Mutter. Raswoschajew war wegen »Organisation von Massenunruhen« im Mai 2012 auf dem Moskauer Bolotnaja-Platz zu vier Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt worden.
12.–18.4.2015	Große Flächen in der Republik Chakassiens und in Burjatien sind von Waldbränden betroffen. Die Brände weiteten sich laut russischem Katastrophenschutzministerium durch starke Winde aus. Am 18.4. gibt das Ministerium an, dass es die Situation unter Kontrolle hat. Mehr als 34 Menschen kommen bei den Bränden in Sibirien ums Leben, ca. 5.000 Menschen sind obdachlos und etwa 1.400 Häuser zerstört worden.

13.4.2015	Ein Vertreter des Außenministeriums teilt mit, dass sämtliche russische Diplomaten den Jemen verlassen haben. Vom 2.–13.04. waren zahlreiche Russen sowie Staatsbürger anderer Nationen mit russischen Flugzeugen aus dem Jemen evakuiert worden.
13.4.2015	Präsident Wladimir Putin gibt die Lieferung von Luftabwehrraketen des Typs S-300 in den Iran frei. Die Auslieferung war aufgrund des internationalen Waffenembargos gegen den Iran suspendiert worden, das Russland nun in Teilen einseitig aufgehoben hat. Teheran hatte Moskau wegen Vertragsbruchs auf vier Milliarden US-Dollar bei einem internationalen Schiedsgericht verklagt.
13.4.2015	Der russische Energieminister Aleksandr Nowak kündigt an, dass Russland den Gastransit-Vertrag mit der Ukraine nicht über das Jahr 2019 verlängern werde. Grund sei der Ausbau der Gas-Transportinfrastruktur, u. a. durch die Türkei und durch Griechenland, der auf eine Diversifizierung der Transitriskien abziele.
13.4.2015	Präsident Wladimir Putin trifft die Sekretäre der nationalen Sicherheitsräte der Staaten der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) in Moskau. Es wird über Sicherheitsfragen auf dem Gebiet der SCO gesprochen.
13.4.2015	Präsident Wladimir Putin empfängt Mahmud Abbas, den Präsidenten der palästinensischen Autonomiebehörde, in Moskau. Themen der Unterredung sind die russisch-palästinensischen Beziehungen und die Situation im Nahen Osten sowie in Nordafrika.
14.4.2015	Treffen der Außenminister Russlands, Deutschlands, Frankreichs und der Ukraine im Normandie-Format in Berlin. Bei dem Treffen einigt man sich auf die Bildung von vier Arbeitsgruppen (Sicherheit, politische Regulierung, humanitäre Fragen, Wirtschaftsfragen) zur Umsetzung des Minsker Friedensabkommens. Darüber hinaus unterstützen die Minister die Initiative der OSZE, die Konfliktgegner zum Abzug weiterer, auch kleinkalibriger Waffen zu bewegen.
14.4.2015	Auf israelische Initiative hin führen Präsident Wladimir Putin und der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu eine telefonische Unterredung. Israel hatte sich verstimmt gezeigt, dass Russland das Waffenembargo gegenüber dem Iran einseitig aufgehoben hatte.
14.4.2015	Im nordarmenischen Gjumri findet eine Militärübung russischer Einheiten statt, die dem Militärbezirk Süd unterstehen. In Gjumri befindet sich ein russischer Militärstützpunkt, der Bestandteil der Gemeinsamen Luftverteidigung der GUS ist. Dort sind ein Raketenabwehrsystem des Typs S-300, Jagdflugzeuge vom Typ MiG-29 und rund 4.500 Soldaten stationiert.
15.4.2015	Die russische Opposition sagt einen für den 19. April geplanten »Marsch für den Frieden und die Freiheit« im Zentrum von Moskau ab. Ihnen wurde die Organisation einer Veranstaltung im Zentrum verwehrt und stattdessen im Außenbezirk Schukino vorgeschlagen. Statt des Protestzugs planen die Veranstalter nun im Zentrum individuelle Mahnwachen abzuhalten, für die keine gesonderte Genehmigung erforderlich ist.
15.4.2015	Die Mitglieder des Föderationsrates legen ihre Einkünfte für das Jahr 2014 offen. Die höchsten Einkünfte (363,55 Millionen Rubel, etwa 6,5 Millionen Euro) hat der Senator und Repräsentant des Autonomen Bezirks der Chanten und Mansen, Viktor Plitschugow.
15.4.2015	Bei einem Treffen zwischen Verteidigungsminister Sergej Schojgu und seinem griechischen Amtskollegen Panos Kammenos in Moskau wird beschlossen die Zusammenarbeit Russlands und Griechenlands im militärischen Bereich fortzusetzen.
15.4.2015	Auf der Kreml-Webseite werden die Einkünfte und Vermögensverhältnisse des Präsidenten, der Mitarbeiter der Präsidentialadministration, der Regierung und der Mitglieder des Sicherheitsrates sowie dessen Apparates veröffentlicht. Aus den Informationen geht hervor, dass Präsident Wladimir Putin seine Einkünfte im Jahr 2014 verdoppelt hat. Grund dafür sei, laut Kreml-Sprecher Peskow, eine Gehaltserhöhung. Im vergangenen Jahr betrug Putins Einkünfte 7,654 Millionen Rubel (ca. 1,4 Millionen Euro) brutto. 2013 waren es 3,6 Millionen Rubel. Für 2015 hat Putin angekündigt, sich das Gehalt selbst um 10 % kürzen zu wollen. Die Einkünfte von Ministerpräsident Medwedew werden mit 8,52 Millionen Rubel (ca. 1,5 Millionen Euro) angegeben.
16.4.2015	In der jährlichen Fernsehsprechstunde des Präsidenten, dem »Direkten Draht«, beantwortet Wladimir Putin vier Stunden lang Fragen, die ihm aus dem Studiopublikum, per Telefon, Internet, SMS oder per Live-Schaltung aus den verschiedenen Regionen Russlands gestellt werden. Schwerpunkte sind soziale Probleme, die Wirtschaftskrise (Inflation und Preissteigerungen), aber auch die Beziehungen zur Ukraine und zum Westen; weitere Themen sind u. a. der Mord an Boris Nemzow sowie der Unterschied zwischen Patriotismus und Fremdenfeindlichkeit.
16.4.2015	Das Moskauer Büro der Organisation »Offenes Russland« (Leitung: Michail Chordokovskij) wird von Mitarbeitern der Abteilung für Extremismusbekämpfung durchsucht. Die offizielle Begründung lautet, Aktivisten der Organisation hätten für den geplanten Protestzug der Opposition am 19. April extremistische Aktionen geplant. Chordokovskij hingegen sieht die Durchsuchungen im Zusammenhang mit einer Filmproduktion über das tschetschenische Republikoberhaupt Ramsan Kadyrow.

16.4.2015	Dem Pflichtverteidiger von Swetlana Dawydova, der vor einigen Monaten Landesverrat zu Gunsten der Ukraine vorgeworfen wurde, wird die Anwaltslizenz entzogen. Die Anwaltskammer in Moskau erklärt, Andrej Stebenew habe wegen Versäumnissen im Verfahren gegen seine Mandantin gegen das Anwaltsgesetz sowie den anwaltlichen Ethikkodex verstoßen. Dem Entzug seiner Lizenz war ein Disziplinarverfahren vorangegangen. Dawydova hatte sich vom dem Pflichtverteidiger getrennt und einen anderen Anwalt beauftragt. Das Verfahren gegen sie wurde kurze Zeit später eingestellt.
16.4.2015	Ein 24. Hilfsgüterkonvoi mit 120 Lastwagen bringt 1.400 Tonnen Hilfsgüter (vor allem Lebensmittel, Baumaterialien, sowie Lehrbücher für Schüler und Studenten) in die Krisenregion der »Volksrepublik Donbass«.
16.4.2015	In Naltschik, der Hauptstadt der Republik Kabardino-Balkarien, werden im Zuge von Anti-Terror-Operationen zwei Verdächtige getötet, die Widerstand gegen die Festnahme leisteten. Der Mann und die Frau sollen dem »Kaukasus-Emirat« angehört und für die Feierlichkeiten zum 1. Mai einen Anschlag vorbereitet haben.
16.– 17.4.2015	In Moskau findet die Vierte Internationale Sicherheitskonferenz statt. Thema des Forums: »Globale Sicherheit: Herausforderungen und Perspektiven«. Die Veranstaltung wird von zahlreichen Ländern boykottiert. Etwa 400 in- und ausländische Gäste diskutieren über globale Sicherheitsfragen. Vor und nach der Konferenz trifft Verteidigungsminister Schojgu zahlreiche ausländische Amtskollegen zu Gesprächen.
17.4.2015	Die russische Generalstaatsanwaltschaft unternimmt eine Überprüfung der ausbleibenden Gehaltszahlungen der Bauarbeiter am Kosmodrom »Wostotschnyj«. Präsident Wladimir Putin hatte während seiner Fernsehsprechstunde angekündigt, sich persönlich um die Auszahlung der Löhne der Arbeiter zu kümmern.
17.4.2015	Sitzung des nationalen Sicherheitsrates. Themen sind der Nahe Osten sowie die Waldbrände in Chakassien und in der Baikal-Region. Erörtert werden auch sozio-ökonomische Fragen.
17.4.2015	Präsident Vladimir Putin leitet eine Sitzung der Kommission für militärisch-industrielle Fragen. Themen sind der Gang und die Abwicklung staatlicher Rüstungsbeschaffungsmaßnahmen sowie Fragen des Importersatzes durch Produkte des heimischen militärisch-industriellen Komplexes.
17.4.2015	Ilja Jasin (»Republikanische Partei Russlands – Partei der Volksfreiheit«; RPR-PARNAS) teilt mit, dass sich für die Wahlen 2015–2016 eine Koalition der Parteien RPR-PARNAS, Fortschrittspartei (Alexej Nawalnyj), »Demokratische Wahl« (Wladimir Milow) sowie »Partei des 5. Dezember« formieren werde. Es seien für die Duma-Wahlen 2016 sowie für die Regional- und Kommunalwahlen im Herbst 2015 gemeinsame Kandidatenlisten geplant.
18.4.2015	In einem Fernsehinterview warnt Präsident Wladimir Putin Israel davor, Waffen in die Ukraine zu liefern. Das würde lediglich zu mehr zivilen Opfern führen. Israel hatte als Reaktion auf die die Entscheidung des Kreml, das Waffenembargo gegenüber dem Iran zu lockern und an das Land S-300 Raketenabwehrsystems zu liefern, Waffenlieferungen an die Ukraine angekündigt.
18.4.2015	In Moskau nehmen etwa 1,2 Millionen Menschen an einem sogenannten »Subbotnik« [freiwilliger Arbeitseinsatz am Samstag zum Zwecke des Gemeinwohls, eine sowjetische Tradition] teil, zur Verbesserung der Wohnkultur und Stadtsanierung.
18.4.2015	In Perm demonstrieren Mehrere hundert Personen gegen den Gouverneurs, Viktor Basargin, und fordern seine Absetzung. Sie werfen ihm und seinem Apparat Korruption vor.
19.4.2015	Bei Mahnwachen, die das »Komitee für Protestaktivitäten« anstelle des abgesagten Friedensmarsches organisiert, werden im Zentrum von Moskau sechs Personen festgenommen. Die Aktion endet auf der großen Moskwa-Brücke mit der Niederlegung von Blumen am Gedenkort von Boris Nemzow.
19.4.2015	Im Zuge einer Spezialoperation werden in einem Vorort von Bujnaxsk (Republik Dagestan) fünf mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet. Einer von ihnen soll der Anführer der Gruppe »Kaukasus Emirat«, Aliaschab Kebekow, gewesen sein. Kebekow gilt als Nachfolger Doku Umarows, tschetschenischer Terrorist, ehemaliger Präsident der Tschetschenischen Republik Itschkeria und selbsternannter Emir des »Kaukasus Emirats«.
19.4.2015	Der Stellvertretende Ministerpräsident Dmitrij Rogosin eröffnet die neue russische Polarstation »Nordpol 2015«. Auf dem Wege besucht er auch Spitzbergen. In Reaktion darauf beruft das norwegische Außenministerium den russischen Botschafter ein und spricht eine Verwarnung an Russland aus, dass Personen, die mit Sanktionen belegt sind, kein Recht besäßen sich auf norwegischem Territorium aufzuhalten.
20.– 24.4.2015	Im Rahmen des »Vertrags über den Offenen Himmel« führt eine Gruppe von deutschen Inspektoren in Begleitung von lettischen Repräsentanten und russischen Experten Beobachtungsflüge über russischem und weißrussischem Territorium durch. Die Beobachtungsflüge sind als vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen gedacht und sollen Transparenz und Offenheit im Hinblick auf militärische Aktivitäten der Vertragsstaaten fördern.
20.4.2015	Nach Angaben des Militärbezirks Zentralrussland, erhalten Wehrpflichtige aus Familien, die von den Waldbränden in Chakassien betroffen sind, einen Aufschub ihrer Wehrpflicht und werden in diesem Frühling nicht eingezogen.

20.4.2015	Präsident Wladimir Putin telefoniert mit dem saudischen König Salman ibn Abd al-Aziz. Themen sind die Situation im Jemen sowie die in diesem Zusammenhang am 14. April verabschiedete UN-Resolution 2216, die von Russland nicht unterstützt wurde.
21.4.2015	Im Zusammenhang mit der ausbleibenden Auszahlung von Gehältern an Arbeiter des Kosmodroms »Wostotschny« wird der Geschäftsführer der Firma »TMP«, Igor Nesterenko, festgenommen. Er wird der Unterschlagung beschuldigt. Die Gesamtsumme, die das Unternehmen seinen Arbeitern schuldet, soll 35 Millionen Rubel (ca. 630.000 Euro) betragen. Die Arbeiter waren aus Protest Anfang April in den Hungerstreik getreten.
21.4.2015	Das Justizministerium registriert die NGO »Bürgerbeteiligung« (Leitung: Swetlana Gannuschkina) als »ausländischen Agenten« ein. Die Organisation hat in der Vergangenheit für ihre Arbeit Fördermittel u. a. von Amnesty International und dem UNHCR erhalten. Die Organisation kündigt an, Beschwerde beim Regionalgericht einzureichen.
21.4.2015	Zwei Mitglieder der neo-nazistischen Organisation BORN (Kampforganisation russischer Nationalisten) werden von einem Moskauer Regionalgericht des Mordes an dem Moskauer Richter, Eduard Tschuwaschow, schuldig gesprochen. Sie erhalten lebenslängliche Haftstrafen. Die beiden Angeklagten kündigen an, Revision einzulegen.
22.4.2015	Präsident Wladimir Putin ernennt den Gouverneur der Region Krasnodar, Alexander Tkatschow, zum neuen Landwirtschaftsminister. Der Vorgänger im Landwirtschaftsministerium, Nikolaj Fjodorow, wird zum Präsidentenberater bestellt.
22.4.2015	Präsident Wladimir Putin besucht die von Waldbränden betroffenen Regionen des Föderalbezirks Sibirien. In Abakan, der Hauptstadt der Republik Chakassien, trifft er mit Menschen zusammen, die durch die Katastrophe obdachlos geworden sind.
22.4.2015	Die Europäische Kommission wirft dem Energiekonzern Gazprom vor, seine Monopolstellung gegenüber acht von russischen Gasimporten abhängigen EU-Mitgliedsländern auszunutzen und bis zu 40 Prozent überhöhte Preise zu fordern. Die Wettbewerbskommissarin, Margrethe Vestager, leitet ein Kartell-Verfahren gegen Gazprom ein, in Folge dessen die Kommission hohe Geldbußen gegenüber dem Unternehmen verhängen könnte. Die russische Regierung, als größter Anteilseigner von Gazprom, kritisiert das Vorgehen der EU.
22.4.2015	Der russische Außenminister Sergej Lawrow beantwortet in einem Interview verschiedener Rundfunksender live Fragen der Moderatoren und Zuhörer. Er bezeichnet unter anderem die Terrormiliz »Islamischer Staat« als Russlands »größten Feind« und die amerikanische Raketenabwehr »als die einzige außenpolitische Bedrohung«.
23.4.2015	Der 25. Hilfskonvoi des russischen Katastrophenschutzministeriums überquert die Grenze in Richtung Donbass. Neben Geschenken für Veteranen des Zweiten Weltkriegs, sind wieder etwa 1.400 Tonnen Hilfsgüter in Form von unmittelbar benötigten Bedarfsgütern, Medikamenten, Kleidern und Lebensmittel geladen.
23.4.2015	Der tschetschenische Republikchef, Ramsan Kadyrow, kündigt an, dass tschetschenische Sicherheitsorgane gegen Bewaffnete, die auf ihrem Gebiet operieren, von der Schusswaffe Gebrauch machen würden. Das werde auch Sicherheitskräfte anderer Institutionen betreffen, wenn diese ihre Aktionen nicht mit dem tschetschenischen Innenministerium absprechen würden. Am 19. April hatten Beamte des Innenministeriums der Region Stawropol sowie operative Spezialeinheiten, die dem Innenministerium im Föderalbezirk Nordkaukasus unterstellt sind, in einem Spezialeinsatz in Grosny einen Verdächtigen erschossen. Kadyrow warf den Einheiten und auftraggebenden Behörden vor, sich nicht mit den lokalen Strafverfolgungsbehörden abgesprochen zu haben.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Hans-Henning Schröder (verantwortlich), Nadja Douglas

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <zentralasien-analysen@dgo-online.org>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: Belarus: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>>; Russland: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>>; Ukraine: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>>; zentralasiatische und kaukasische Staaten: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>

Twitter

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>